

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Hg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Hg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telephon-Nummer 808 21. • Telegramm-Adresse: Arbeiterverband Bochum.

Weltfeiertag der Arbeit 1929

Als vor 40 Jahren die in Paris versammelt gewesenen Delegierten der Arbeiterklasse den Beschluß faßten, das arbeitende Volk aller Länder alljährlich zu einer großen Demonstration am 1. Mai aufzurufen, da war die erste praktische Tat vollbracht, die den Mahnruf von Karl Marx — Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! — in lebendiges Werden umsetzte. Mit gewaltigem Jubel wurde dieser Beschluß von der erwachenden Arbeiterklasse zur Kenntnis genommen und an der Organisation dieser internationalen Klassendemonstration gearbeitet. Galt es doch, die Wiedergeburt des schaffenden Menschen vorzubereiten, der — unter der brutalen Wirtschaftsauffassung des liberalistisch-kapitalistischen Geistes, welcher die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts bestimmte und beherrschte — zu einem Arbeitstier herabzusinken drohte. Nur das Notdürftigste zum Leben erhielt er als Arbeitslohn unter einer Arbeitszeit, die nur gerade so kurz war, daß der Arbeiter nicht vor Müdigkeit an seiner Arbeitsstelle zusammenbrechen und verrecken konnte. Deshalb war auch die Forderung dieser Welt demonstration: Achtstündiger Arbeitstag für alle Lohnarbeiter!

Die Welt lachte — aber die Arbeiterklasse marschierte. Sie marschierte trotz Hohn und Spott und Verfolgung, worin sich die „Ordnung“ liebenden Spießer mit der säbelstachelnden Obrigkeit teilten. Sie marschierte und riß Hunderttausende mit sich, die noch gleichgültig und verständnislos am Wege standen. Weitere Hunderttausende reichten sich freiwillig ein, bis ein gewaltiges Millionenheer in aller Herren Länder alljährlich seine Freiheitsliebe um die Wette mit dem Frühlingsbrausen am 1. Mai, der Sonne und der Zukunft entgegenwarf. Und je mehr die Zahl derer, die alljährlich da draußen im Mai marschierten, wuchs, desto wütender tobten Reaktion und Finsterlinge, um die Streiter um eine neue Welt und die Fechter um Geistesfreiheit in ihrem Wollen zu vernichten. Vergebens!

Die Welt tobte — aber die Arbeiterklasse lachte. Sie lachte das junge und tühne Lachen des Abenteurers, den ein widriges Schicksal in eine widrige Situation verschlug, der aber seine ungebrochene, stetig wachsende Kraft spürt, die ihm die ganze Welt als eroberswert erscheinen läßt. „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine ganze Welt zu gewinnen!“ Dieser vollendeten Abklärtheit der Lebensauffassung gegenüber, gepaart mit einer unerhört tühnen Zukunftshoffnung, mußten alle Abwehrversuche der bürgerlichen Welt zum Scheitern verurteilt sein. Und sie sind gescheitert! Der Militärstaat wurde zerschlagen und die Fürstenthronen gingen in Trümmer. Die Hüter der alten Welt waren voller Entsetzen geflohen und machten den Weg frei für die Bauleute an einer neuen Zukunft.

Die Welt wehklagte — aber die Arbeiterklasse triumphierte. Sie triumphierte über all die Peiniger früherer Jahrzehnte und über die Bosheit der Knechtung und Ausbeutung. An die Stelle der verschwundenen autoritären Herrschergewalt eines fürstlichen Adlanten wurde die Souveränität des Volkes gesetzt. Alle politischen Vorrechte aus Besitz und Geburt wurden kassiert und alle Deutsche als politisch gleichberechtigt erklärt. Damit war der Weg frei für die proletarische Klasse. Sie war vor die Verwirklichung ihrer Freiheitsträume gestellt, zu praktischem Handeln berufen. Keine Minute zögerten die alten Führer, das Wort zu beginnen. Ein Arbeiter wurde Reichspräsident, der aus seinen Klassen- und Kampfgenossen seine Minister wählte. Sie fanden sich, auf der Höhe ihrer Macht, auf einem politischen Trümmerhaufen, aus dem sie die bessere Welt errichten sollten. Die Arbeit war schwer, sie konnte aber unsere Beauftragten von frischem Zupacken nicht abhalten.

Die Welt war entsetzt — aber letzter war die Arbeiterklasse gespalten. Politische Phantasten und Romantiker tauchten auf, die das Millionenheer der Indifferenten und der politisch Kurzsichtigen einzufangen und gegen die praktische Politik überden Arbeitervertreter zu führen verstanden. Die Leute waren beherrscht von einer Naivität proletarischer Wunschpolitik, die nicht höher stand als der mittelalterliche Hexenglaube. Alles war zusammengebrochen: Verwaltung, Verkehr, Wirtschaft und selbst das Vertrauen. Nichts war übrig als ein Land mit 60 Millionen hungriger Menschen, die sich gegenseitig an die Kehle sprangen und zerfleischten. Und weil die Führer jener Zeit nicht die Zauberformel fanden, nicht die Hexenkunst beherrschten, aus diesem Chaos über Nacht die gärende Masse in das „tausendjährige Reich“ hinüberzuleiten — deshalb war alles Verrat!

Die Arbeiterklasse versagte — aber die Welt hatte sich bald wieder zusammengefunden: Alle Gegenkräfte im einzelnen wurden von dem sich neu zusammenfindenden Bürgertum zurückgestellt im Interesse des einen

Arbeiter! Angestellte!

Wenige Tage nur trennen uns vom 1. Mai, dem Tage, an dem überall die Arbeitenden aller Kulturvölker seit Jahren in großen Demonstrationen für die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitalismus eintreten und an dem sie vereint den Ruf für ihre nächsten Forderungen:

Gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung und Weltfrieden

erkönen lassen. Zum vierzigsten Male begeht die Arbeiterklasse in diesem Jahre die Maifeier. Vierzig Jahre, das ist ein großer Zeitraum im Leben eines einzelnen, im Leben der Völker aber nur ein Pulsschlag, noch weniger im Kampfe um die Freiheit, den die Menschen in wechselnder Form führen, seit die Unterdrückung begann.

Vierzig Jahre! Viel ist seitdem erreicht worden. Gerade wir, die wir wissen, was noch zu tun übrig geblieben ist, brauchen die Erfolge der Arbeiterschaft nicht zu verkleinern. Und wir können sagen: Gemessen an dem, was vor vierzig Jahren war, leben wir heute, dank der Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse, in einer ganz neuen Welt.

Über viel bleibt noch zu tun. Die Erfolge der Arbeitenden haben die Kapitalisten national und international zu einem festen Ring zusammengeschlossen. Unser Vormarsch soll dadurch aufgehalten werden. Trotzdem: Wir marschieren! Und wenn wir einig und geschlossen bleiben, wird uns nichts hemmen.

Nach dem mörderischen Krieg wurde der aufatmenden Welt Abrüstung und Verständigungspolitik versprochen. Pakte wurden abgeschlossen, durch die der Krieg geächtet wurde. Aber rings um uns herum starrt die Welt in Waffen. Das ist ein Zeichen, wie stark die Reaktion noch ist, die sich der neuen Zeit entgegenstemmt. Wir werden nicht ruhen, bis der Weltfrieden gesichert ist.

Auch im Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag dürfen wir nicht erlahmen. Die letzten Verhandlungen in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die wir noch zu überwinden haben. Wir werden sie überwinden, wie wir alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegenstellen. Daß es da viel zu tun gibt, das zeigen die Verhandlungen in Paris um die Reparationen, das zeigen die Vorgänge bei uns, als es sich um die Regierungsbildung handelte. Alles das steht im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialpolitik.

Abrüstung, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, dafür demonstrieren wir am 1. Mai. Die deutsche Arbeiterschaft wird bei diesen Demonstrationen, zu denen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auffordert, nicht an letzter Stelle stehen.

Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes überlassen bleiben. Angestellte Arbeiter! Demonstriert in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Maifeiern, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur, dürfen nicht zu Tummelplätzen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich fernstehende rabaukische Elemente.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

Seit im Jahre 1889, also vor vierzig Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerfrieden und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterklasse ununterbrochen ihre Stimme für Völkerfrieden, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Klassen aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

Der „große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in schärfster Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingehämmert.

Trotzdem inzwischen durch den Kellogg-Pakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Mühsungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rührig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbekker, kann eines Tages das gegenseitige Abschachten von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militaristischen Geist und die militaristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennen gelernt hat, muß die Abneigung gegen Krieg und Militarismus aufrecht erhalten werden und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächerei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor zehn Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, dachten Unternehmer und Regierung noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber ist man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts wesentliches ist durchgeführt worden: vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgesetzt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseitezurücken zu lassen und zu gefasteten, daß die Reaktion die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der 1. Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am 1. Mai machtvoll zu demonstrieren für

Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren, Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes, gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringliche Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, ihre Kampforganisationen immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Wunsches: Vereitlung einer proletarischen Staatsherrschaft. Der Wunsch fand Erfüllung, die Arbeiterklasse blieb in zwei Lager gespalten. Vieles von dem, was gewonnen war, mußte so schon wieder aufgegeben werden. Aber das eine steht heute schon fest, daß jener Traum des Bürgertums, unser Volk wieder zurückzuführen zu können in die Fesseln der Vorkriegszeit, keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hat. Das stärkste Bollwerk sind hier vielleicht die deutschen freien Gewerkschaften geworden, in denen sich allmählich wieder ein Billionenheer kampfgewillter Streiter der proletarischen Klasse zusammengefunden hat, das bereit ist, errungene Erfolge mit allen Mitteln zu verteidigen und in stetem, zähem Kampfe um weitere Erfolge und um Fortschritt von Stufe zu Stufe zu ringen. Hier offenbart sich neue schöpferische Kraft und tühner Gestaltungswille, der nicht nur im Politischen denkt, sondern über das Politische hinaus ins Soziale und Wirtschaftliche vorzustößen sucht. Ein neues Ziel ist daraus entstanden: die politische Demokratie durch die wirtschaftliche zu vollenden.

Aus diesem neuen und großen Zielstreben leuchten zurzeit aber drei große Forderungen unter allen anderen hervor, die erste Erfüllung erheischen und die wir bei den diesjährigen Maidemonstrationen besonders der Welt zum Bewußtsein bringen wollen. Es ist die endgültige Schaffung des Achtstundentages, der Ausbau des Arbeiterschutzes und die Organisation des Weltfriedens. Das sind die Forderungen, die zurzeit der gesamten internationalen Arbeiterklasse am nächsten liegen, weshalb sie am Maifeiertage an allen Orten, wo Proletarier wohnen und am 1. Mai sich zu solidarischer Feier oder im öffentlichen Demonstrationzuge vereinigen, der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Wir hoffen, daß unsere Mitglieder überall dort, wo sich am ersten Maientage die Demonstranten für diese Forderungen zusammenfinden, rechtlos als Teilnehmer zu finden sind. Es gilt der Welt zu zeigen, daß auch nach dem Weltkriege die Arbeiterklasse den Glauben an ihren Kampf und Sieg nicht verloren hat und in ungebrochener Kraft um ihre Freiheit zu ringen bereit ist.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau.

Endresultate. — Die freien Gewerkschaften 50 000 Stimmen mehr als die übrigen Richtungen zusammen. Die Kommunisten besorgen kostenlos die Spaltungsarbeit der Gelben.

Verbleib in Nr. 14 vom 6. April der „Bergbau-Industrie“ haben wir das damals vorliegende Ergebnis der Betriebsratswahl im Ruhrbergbau veröffentlicht. Das nun vorliegende Gesamtergebnis umfaßt 208 Bezirke und 7 Nebenanlagen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 260 028 und die Zahl der Beteiligung 201 109. Somit haben bei der Wahl 82,9 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt. Zu berücksichtigen ist, daß in diesem Jahre die Belegschaftsstärke erheblich abgenommen hat. Es haben erhalten:

	Stimmen	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
Freie Gewerkschaften	170 048	127 3	1483
Christliche Gewerkschaften	76 001	508	608
D. D. Gewerkschaft	3 028	7	13
Polnische Berufsvereinigung	546	3	5
Kommunisten u. Unorg. (gem. Liste)	29 092	200	242
Syndikalistin	3 153	22	27
Gelbe	8 880	30	40
Sonstige	3 000	7	8

Wenn man bedenkt, in welcher gemeiner und niederträchtiger Weise der Wahlkampf seitens der kommunistischen Partei befohlen wurde, ist das Ergebnis für uns als kein schlechtes zu bezeichnen. Trotz all willigen Verleumdungen, die von den Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften und deren Führer verbreitet wurden, haben wir noch über 50 000 Stimmen mehr erhalten als alle anderen Richtungen zusammengenommen. Wir gestehen, daß uns das Ergebnis nicht voll befriedigt. Wir hätten lieber gesehen, wenn die Wahl auf gewerkschaftlicher Grundlage gestiftet worden wäre, um so den Willen und die Einigkeit der Arbeiterschaft nach außen hin zu zeigen.

Auf Befehl Moskaus und mit Hilfe des russischen Rubels sollten in diesem Jahre die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Unorganisierten, Syndikalistin und die „reformistischen“ Betriebsräte aus den Betrieben herausdrängen und an deren Stelle nur „resolutionäre“ Thälmannräte wählen. Das Bestreben der Machthaber Rußlands und der von diesen abhängigen kommunistischen Berufsfunktionäre in Deutschland geht dahin, die freien Gewerkschaften zu zerbrechen. Aber trotz Reizungen, Spaltungen und sonstigen illegalen Mitteln will es ihnen nicht gelingen, die Grundfesten der Gewerkschaften zu erschüttern. Was ihnen bisher nicht mit illegalen Methoden gelang, sollte jetzt bei der Wahl in treuer Brüderlichkeit mit den Unorganisierten und Gelben vollbracht werden. Durch niederträchtige Verleumdung und Beschimpfung der Gewerkschaften und deren Betriebsräte und Führer hat die kommunistische Partei in Wort und Schrift die Arbeiter aufzustacheln versucht, den Gewerkschaften keine Gefolgschaft zu leisten und über sie hinweg Kampfausschüsse zu bilden und nur „resolutionäre“ (= kommunistische) Betriebsräte zu wählen. Vor der Wahl jubelte die kommunistische Presse, daß fast auf allen Schachtanlagen die Arbeiter von den Gewerkschaften abgelenkt seien und nur rote Betriebsratslisten aufgestellt sowie auch „resolutionäre“ Kampfausschüsse gebildet hätten. Die Wahl selbst hat aber gezeigt, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit von den niederträchtigen Worten der kommunistischen Partei nichts wissen wollten. Selbst langjährige Mitglieder der KPD haben uns erklärt, daß sie solches arbeiterschädigende Treiben nicht mitmachen und auch nicht gutheißen können.

Den Nutzen aus dem kommunistischen Spalt zogen bei der Wahl die christlichen Gewerkschaften und die Gelben. Die freigezeichnete Front ist etwas geschwächt, was zur die kommunistischen Journalisten natürlich schon ein Erfolg bedeutet. Sie haben auf die Dummheit der Indifferenten spekuliert, die aber noch vernünftiger waren als selbst die Kommunisten annehmen, sonst hätten diese noch viel mehr Stimmen erhalten müssen. Also nur durch die Kameradschaftsbeziehung mit dem dümmsten Teile der Unorganisierten und sonstigen Schmarotzer konnten sie bei der Wahl eine Anzahl Betriebsräte, hauptsächlich in den Geschäftskreisen Essen, Gladbeck, Dortmund, Sandbörn und Recklinghausen, erhalten. Zu den übrigen Geschäftskreisen haben sie nur verdingelt oder fast keine selbständigen Listen aufgestellt, weil sie nicht genügend Dumme fanden, die sich zur Unterstützung für die Interessenwahrung der resolutionären kommunistischen Berufsfunktionäre hergeben wollten.

Die kommunistische Partei ist auch selbst mit dem Ergebnis der Wahl nicht zufrieden. Das geht deutlich aus einem Artikel des „Ruhr-Echo“ vom 6. und 7. April, in welchem zu den Wahlen Stellung genommen wird, hervor. Darin wird bemängelt, daß auf vielen Werken die Opposition keine eigenen Listen aufgestellt hat, aber verdrängt, daß man dort eben auf ihren Blödsinn verzichtete. Es trifft auch nicht zu, wie es in dem Artikel heißt, daß dort, wo kommunistische Listen gewählt sind, sowohl die christlichen wie auch die freien Gewerkschaften an Stimmen verloren haben. Im Gegenteil haben überall, wo die Kommunisten ihre verbrecherische Spaltungsarbeit angewandt haben, die christlichen Gewerkschaften und auch die Gelben an Stimmen gewonnen.

Die Unternehmer haben die kommunistischen und unorganisierten Betriebsräte nicht zu fürchten. Wiederholt haben sie, wie zum Beispiel auf Zeche Gottfried Wilhelm, erklärt, daß sie lieber mit kommunistischen Betriebsräten als mit den unorganisierten Gewerkschaften zu tun hätten. Nebenbei, was diese „resolutionäre“ Opposition nicht läßt sie der Unternehmer schamlos ihre radikalen Reden schwingen und ihre Resolutionen einbringen, solange sie hierüber gegen die freien Gewerkschaften richten. Sie wissen, daß ihnen diese Rede so nichts schaden können, aber weißt nicht, daß sie Gelben, wobei sie das Ganze noch loskrall haben.

Unsere Kameraden werden gut tun, wenn sie die Tätigkeit und das Verhalten der „resolutionären“ Betriebsräte aufmerksam beobachten und in den Belegschaftsversammlungen über ihr Tun Rechenschaft verlangen. Denn das Wahlergebnis, vom Gesichtspunkt der kommunistischen Seite betrachtet, als kein schlechtes für den Verband anzusehen ist, nur, daß die beherrschende Tatsache konstatiert werden, daß einige Mitglieder unseres Verbandes, verblendet und irreführt, die kommunistische Parole befolgt haben. Gegen sie mußte die Organisationsleitung die nach dem Statut vorgesehenen Maßnahmen in Anwendung bringen, um das Ansehen des Verbandes zu wahren.

Die Unternehmervresse frohlockt schon, daß die „deutschen Arbeiter“, wie sich die Gelben so schön bezeichnen, bei der Wahl einen großen Sieg errungen haben und daß die Kommunisten mit ihrer Spaltungsarbeit einen gewissen Erfolg erzielten. Scheinheilig spricht sie von „großen Fortschritten“ der Kommunisten, was die kommunistischen Journalisten wiederholt quitierten als „Angstgefühl der zitternden Bourgeoisie“. Die Löpel merkten gar nicht, daß es den Unternehmern durch solche Darstellung nur darauf ankommt, nach außen die Gewerkschaftsfront als erschüttert hinzustellen. Die Unternehmervresse setzen den Zeitpunkt herbei, wo die

Arbeiter unter ihren Fittichen sich wieder leiten und anbeten lassen. Dieses gleiche Gehnen der Unternehmer sowie der Kommunisten, die Arbeiter den Gewerkschaften entfremden zu können und für sich zu gewinnen, bleibt für sie nur ein frommer Wunsch. Die freigezeichnete Idee kann vielleicht vorübergehend gehemmt, aber nicht aufgehoben werden. Sie allein ist die Kraft, die für die Arbeiter das Gute schafft, und sie bricht sich Bahn trotz alledem!

Endergebnisse aus anderen Bezirken.

Aus den nachfolgenden fünf Bezirken liegen mittlerweile die Gesamtergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Folgende Statistik unterrichtet über die Stimmen- und Mandatsverteilung:

Bezirk	Belegschaftsmögl.	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
Lugau	8 962	8 751	97,6
Waldburg	20 079	27 629	137,6
Staden	27 039	26 646	98,5
Dannover	19 615	18 530	94,4
Dalle	45 130	43 177	95,6

*) Bis auf eine Schachtanlage wurden nur freigezeichnete Listen aufgestellt.

Bezirk	Zahl der Stimmen:			
	Freie Gewerksch.	Christl. Gewerksch.	D. D. Gewerksch.	KPD u. Unorg.
Lugau	7 070	118		919
Waldburg	17 440	2 068	1 511	
Staden	8 627	8 530		2 864
Dannover	16 975	768		
Dalle	36 301	813	108	

Außerdem hatten die Gelben im Bezirk Dannover 100, im Bezirk Dalle 1439 Stimmen.

Bezirk	Zahl der Mandate:				
	Freie Gew.	den. Verb.	Christl. Gew.	D. D. Gew.	KPD u. Unorg.
Lugau	59	54	21		7
Waldburg	144	122	1	8	
Staden	69	67	64		18
Dannover	294	230	14		
Dalle	865	507	17	3	

Außerdem erhielten die Gelben im Bezirk Dalle 10 Mandate. Dieses Wahlergebnis beweist, daß in den angeführten Bezirken der bolschewistische Verrat von der Arbeiterschaft erkannt wurde.

Mai-Massengang

Wir schreiten — staubig und rußig,
von einem Rhythmus befeuert.
Wir heißen: Die Ganze Welt!

Wir schreiten — Maschinenzwinger,
eiserne stehende Ringer.
Wir schreiten — Gewitter und Sturm!

Freudvoll sind unsre Utacken,
freudvoll unsre Befechte.
Wenn wir gemeinsam marschieren,
zittert die Erde im Takt!

Europa, Amerika, Asien,
Afrika und Australien
ist unser gigantisches Lager.
Da sind wir! Wir sind es! Wir!

Millionen Männer der Kelle,
Millionen Männer des Hobels,
Millionen Männer des Hammers,
Millionen Männer des Rades:
Wir schreiten — grau, ohne Namen!
Wir schreiten — stahlharte Männer!

Millionen Männer der Rohle,
Millionen Männer des Pfluges,
Millionen Männer der Feder,
der Letter, des Elements:
Wir schreiten im Heerband der Streiter!
Wir schreiten weiter und weiter!

Unsere schwieligen Hände,
gerüstet mit Hämmern und Hebeln,
schleudern, Stockwerk um Stockwerk,
prunkende Häuser zum Himmel.
Häuser für alle Verwandte,
Bekannte und Unbekannte,
alle finden vier Wände!

Mit schaffensfreudiger Frische
behobeln wir prächtige Tische,
bauchige, man'tige Tische.
Der Tische leckere Gaben
werden dann jeden erlaben!

Wir schreiten durch Räte und Stge,
stampfen durch Donner und Blige.
Hebel und Kräne hervor:
Wir heben die Erde empor!

Wladimir Stobodnik
Nachdichtung von Victor Kallnowski.

Die „roten“ Betriebsräte in Sowjetrußland.

Wenn gutgläubige Arbeiter in den letzten Jahren die Berichte der Rußlanddelegierten hörten und lasen, dann mußten sie zu der Auffassung kommen, daß die „roten revolutionären“ Betriebsräte in Rußland in den Betrieben nicht nur mitwirkten an der Gestaltung der Produktionsverhältnisse, sondern eigentlich die bestimmenden Faktoren waren. Die „roten“ Direktoren waren danach, wenn auch nicht gerade nachgeordnete, so doch höchstens nebengeordnete Instanzen der Betriebsräte. Diese Zusammenarbeit sollte dann die ausschlaggebende Ursache dafür sein, daß die Produktion von Jahr zu Jahr gesteigert worden sei, die Reallohn des russischen Vorkriegsstand überschritten hätten usw.

In dieser Weise regierten in den russischen Betrieben die roten revolutionären Betriebsräte angeblich — bis zum 31. Jan. 1929. An dem Tage gab der Oberste Volkswirtschaftsrat ein Dekret heraus, das von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Zeitschrift vom 1. März 1929 (Nr. 5) mit aufrichtiger Freude begrüßt wird. Man berichtet freudbestrahlend die Tatsache, daß auch in Sowjetrußland entgegen der „Kritik von unten“ die persönliche Befehlsgewalt der leitenden Angestellten wieder hergestellt worden ist. Der „Arbeitgeber“ schreibt:

1. Die kollektive Verantwortlichkeit für den Betrieb wird befestigt;
2. der Leiter (Direktor) des Betriebes übernimmt allein die Verantwortung für den Betrieb und wird hierzu voll und ganz zum „Cerin im Hause“ gemacht;
3. hieraus ergibt sich von selbst, daß die Befugnisse der zahlreicheren verschiedenen Fabrikkomitees, Betriebsräte usw. wesentlich beschränkt werden;
4. der „Kritik von unten“ wird jede Möglichkeit unmittelbarer Eingriffe in den Ablauf des Arbeitsprozesses genommen.

Aus dem „allgemeinen Teil“ des Dekrets ergibt sich: „Der Direktor des Unternehmens stellt sämtliche Angestellte ein, ohne daß es einer Zustimmung für die Einstellung von irgendwelcher Seite bedürfte“. Die Einstellung kann sogar im Wege des „Einzelarbeitsvertrages“ vorgenommen werden, tarifvertragliche Regelung ist in dem Fall annehmend nicht erforderlich.

Die Anordnungen des Direktors sind von allen Angestellten und Arbeitern zu befolgen... Mit den unzulässigen Befehlen, die die Anwendung der „Kritik von unten“ zur Folge hatte, wird durch die Bestimmung ausgeräumt, daß jeder Angestellte die Anordnungen seiner Vorgesetzten zu befolgen und deren Aufträge auszuführen hat, andernfalls er ohne weiteres von seinem Posten suspendiert wird, wobei er seines Lohnes bis zur definitiven Entscheidung des Falles verlustig geht.“

In Deutschland würde die KPD schreiben: „Wer nicht pariert, der fliegt!“

Als wichtige Reuerung wird bestimmt, daß sämtliche Vorgesetzte für befristet erklärt werden, einseitige disziplinarische Strafen zu verhängen und andererseits besondere Leistungen zu präzisieren“. Dieses System, in Deutschland angewandt, würde als „Weitsche und Buderbrot“ nicht bloß von der KPD, gebrandmarkt werden.

Dem „roten“ Direktor wird das Recht gegeben, die Arbeitsordnungen zu bestätigen. Bestimmt wird ferner, daß sämtliche die Betriebsordnung angehenden Anordnungen und Instruktionen nur von ihm (dem „roten“ Direktor) auszugehen haben. Neben dem „roten“ Betriebsdirektor wird ein „stellvertretender Direktor für Arbeitsfragen“ eingesetzt. Dessen Aufgaben werden wie folgt festgelegt:

„In der nächsten Zeit werden die stellvertretenden Direktoren ganz besonders wichtige Arbeiten zu erledigen haben: Wir hoffen, daß ihnen die Vereinfachung der Maßnahmen zur Erzielung der durch die industriellen Finanzpläne vorgesehenen Normen der Arbeitsproduktivität und der Arbeitslöhne sowie der Entlastung der Betriebe von überflüssigen Arbeitskräften erwartet.“

In Deutschland würde die KPD über die Sozialverräter schreiben, die mit den Unternehmern zusammen die Nationalisierung der Betriebe auf Kosten der Arbeiter durchführen wollen.

Jedenfalls hat der Oberste Volkswirtschaftsrat in Rußland schon einen Erfolg zu verzeichnen: Er ist von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gelobt worden! Die einzige Sorge der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scheint die zu sein, daß die Durchführung nicht schnell genug vor sich gehen könne. Dieselbe Sorge hat in Seelenverwandtschaft auch das offizielle Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats. In der Nummer vom 2. Februar 1929 wird ausgeführt: „Die Rechte sind gegeben. (Den Direktoren und Vorgesetzten) D. Red.) Allerdings genügt es noch nicht, daß sie offiziell bekanntgegeben werden. Sie müssen in praxi realisiert und verwirklicht werden!“ Dazu aber kommt zum Schaden für die Arbeiter noch der Hohn: „... den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, das neue Dekret bei den breiten Massen der Arbeiterschaft zu popularisieren, die wichtigsten Veränderungen zu erläutern, die durch die neuen Bestimmungen in das Leben der Betriebe hineingetragen werden.“

Ein solches Ansinnen würde von den freien Gewerkschaften Deutschlands mit Hohn und Spott zurückgewiesen werden. Die „roten“ Betriebsräte und die Gewerkschaften Rußlands sind leider nur noch Vollzugsorgane des Obersten Volkswirtschaftsrats und der kommunistischen Partei Rußlands. Sie müssen die Aufgabe erfüllen helfen: Schwächung der Arbeiterrechte und Ausbau der Macht und des Einflusses der Direktoren und der Vorgesetzten. (Gewerkschafts-Zeitung.)

Steigende Teuerung und Lohnabzüge.

Die Unternehmer sehen jedem Versuche, selbst die bescheidensten Löhne zu erhöhen, den härtesten Widerstand entgegen. Daneben häufen sich die Fälle, wo die Tarifänderungen nicht von Arbeiterschaft, sondern Unternehmenseite ausgehen. Diese erfolgen mit den ausgesetzten Bissen, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist mithin an einem sehr entscheidenden Stadium angelangt. Die Forderung der Unternehmer auf Ermäßigung der Löhne stimmt aber sehr wenig mit der zunehmenden Teuerung überein. Die Lebenshaltungskosten sind wiederum gestiegen. Der amtliche Lebenshaltungsbetrag:

1928: Januar	150,8
Oktober	152,1
Dezember	153,7
1929: Januar	153,1
Februar	154,4
März	156,5

Eine Steigerung um vier Punkte in vier Monaten ist nicht gering zu nennen. Dabei muß man beachten, auf welcher eckhürlicher Lebenshaltung der Lebenshaltungsbetrag aufgebaut ist. Die Steigerung des Index vom Februar bis März ist auf die hauptsächlich durch den Frost verursachte Preiserhöhung für Kartoffeln, Gemüse und Eier zurückzuführen.

Die Lage der Kohlenwirtschaft.

Bericht, erstattet in der Sitzung des Reichskohlenrats am 10. April dieses Jahres von Berghauptmann Bennhold, Geschäftsführer des Reichskohlenrats.

Was zunächst die Produktion angeht, so hat die deutsche Steinkohlenförderung im verfloßenen Jahre zum ersten Male seit den durch den verhängnisvollen Ruhrstreik stark beeinflussten Jahren 1923 und 1924 wieder statt des seitdem beobachteten Wurfes einen Rückschritt im Mengenergebnis erlebt. Sie ist von rd. 153 1/2 Millionen Tonnen in 1927 auf rd. 150 1/2 Mill. T., also um etwa 2% Mill. T., das ist um etwa 1,78 Prozent zurückgegangen, übertrifft allerdings diejenige des letzten Friedensjahres im jetzigen Gebietsumfange des Reiches noch um reichlich 10 Mill. T., das ist um etwa 7,1 Prozent. Ihren Höhepunkt erreichte die Monatsproduktion im Vorjahre im Monat März, übertraf dabei das Vorkriegsjahresergebnis sogar um nahezu 100 000 T., fiel dann aber in dem Sommerhalbjahr stark ab, ohne sich etwa in dem Schlussvierteljahr, dessen beiden letzten Monaten durch den westlichen Eisenmangel und seine Nachwirkungen fühlbar beeinflusst waren, nennenswert zu erholen. Erst der Januar 1929 brachte eine kräftige Besserung, die aber in der nächsten Folgezeit durch den Einfluß der ungewöhnlich strengen Räte auf Betrieb und Transport wieder merklich abgeschwächt wurde.

Die Herstellung von Steinkohlentof

Hat dagegen auch in 1928 ihren Anstieg fortgesetzt; sie ist um rd. 1,6 Mill. T., das ist um beinahe 5 Prozent, größer als diejenige des Vorjahres und hat mit ihren rd. 33,9 Mill. T. die Erzeugung des letzten Friedensjahres in den jetzigen Reichsgrenzen um etwa 22 Mill. T., das ist um reichlich 6,9 Prozent, übertrifft. Diese Tendenz der lebhaften Beschäftigung in Koks hat auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres angehalten, in denen die Koksfrage dank des langen, strengen Winters eine besonders ausgeprägte war.

Die deutsche Steinkohlenbrückherzeugung

Hat dagegen die seit den letzten Jahren zu beobachtende Neigung zur Abnahme fortgesetzt, wenn auch die Abnahme im Gesamtjahresbetrage nur rd. 70 000 T. ausmacht. Mag sich auch das Gerücht als Ersatz für die zeitweise strappen Unterauslastungen einer gewissen Beliebtheit erfreuen, wofür der verstärkte Absatz während der letzten Monate zeugt, so ist doch im ganzen die Nachfrage nach Steinkohlenbrückherzeugung im Rückgange begriffen. Ein besonderes Beispiel hierfür bietet die Deutsche Reichsbahn, die ihre Brückherzeugung namentlich mit Rücksicht auf die Fortschritte in der Elektrifizierung ihres Bahnbetriebes fühlbar abdrückt.

Niedererschlefen

Ist durch den Oktoberausland etwas in seinem Jahresergebnis beeinträchtigt worden; seine Belegschaft ist in einem dauernden Rückgang begriffen, ihre Zahl hat sich auch im Berichtsjahr wieder um etwa 1200 Köpfe gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres vermindert. Im übrigen machen sich dort die von der Gründung der Niedererschlefen Bergbau-Ges. in organisatorischer und wirtschaftlicher Beziehung erzielten Erfolge langsam bemerkbar. — Der Förderanteil je Kopf und Schicht der niedererschlefen Gesamtgrubenbelegschaft ist von 784 Kg. im Jahresdurchschnitt 1927 auf 847 Kg. im Jahresdurchschnitt 1928, also um rd. 8 Proz. und damit gegenüber dem Stande im letzten Friedensjahr um rd. 27 Prozent gestiegen. Unter diesen Umständen ist es in der Hoffnung auf eine weitere gedeihliche Entwicklung der Verhältnisse bei der letzten Arbeiterbewegung möglich erschienen, durch eine Lohnerhöhung die anerkannt brüden Lebensbedingungen der Bergarbeiterverbesserung des Reiches einigermaßen aufzuheben. N. Bergarbeiter geht ein Plan, der durch baldige Fertigstellung einer größeren Anzahl von zweckmäßigen Arbeiterwohnstätten den schlimmsten Uebelständen der dort herrschenden Wohnungsnot abzuhelfen soll und dadurch auch zur allmählichen Befriedung der Verhältnisse beitragen wird. In derselben Richtung wird hoffentlich auch die zum 1. April d. J. eingetretene Erneuerung des Niedererschlefen Kohlenyndikats, über die in der heutigen Tagung noch an anderer Stelle zu berichten sein wird, wirken. In den letzten Tagen ist auch im Anschluß an den vom Fürsten Hiez betriebenen Bergbau mit der Errichtung einer Anlage zur Herstellung synthetischen Ammoniaks, der ersten derartigen Anlage im Waldburger Bezirk, begonnen worden.

West-Oberschlefen,

das seit länger denn Jahresfrist jetzt auch in der, abgesehen von Lachen sonst üblichen achtstündigen Schichtzeit unter Tage arbeitet, seine Belegschaft im Laufe des verfloßenen Jahres weiter um rd. 3000 Köpfe vermehrt und mit ihr am 23. Februar d. J. die bisher höchste Spitzenleistung ihrer arbeitsfähigen Förderung von 91 580 Tonnen, allerdings mit Hilfe von Ueberarbeit, gegenüber einer arbeitsfähigen Jahresdurchschnittszahl von rd. 36 000 T. in 1913 erzielt hat, steht zurzeit besonders unter dem Bann der drohenden Wiedereinfuhr der polnischen Kohle nach Deutschland. Nachdem aus den beinahe bis zum Ueberbruch geführten, bald abgebrochenen und dann wieder aufgenommenen, augenblicklich anscheinend zu einem gewissen Stillstand verurteilten Verhandlungen des deutschen Unterhändlers jetzt erkennbar geworden ist, daß schließlich gar mit einem bisher für außerhalb aller Möglichkeit gehaltenen monatlichen Einfuhrkontingent von 350 000 T. polnischer Kohle gerechnet werden müsse, ist es nur zu verständlich, daß sich gerade das west-obererschlefen Kohlenrevier, das besonders auch in seiner Arbeiterschaft den größten und unmittelbaren Stoß eines hohen Einfuhrkontingentes auszubalancieren haben würde, lebhaft mit Ueberlegungen beschäftigt, auf welchem einigermaßen wirksamen Wege die nach Menge und Preisbildung ungeliebten Einflüsse eines solchen Einbruchs polnischer Kohle in den deutschen Markt möglichst abgeschwächt werden könnten. Wenn natürlich auch West-Oberschlefen, das gerade unter der Wirkung der Abperrung der polnischen Kohle seine Kohlenproduktion gegen das letzte Friedensjahr um jetzt reichlich 77 Prozent vermehrt hat, die Hauptkosten des polnischen Wettbewerbes zu tragen haben wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß immerhin auch die übrigen deutschen Kohlenreviere, namentlich diejenige des deutschen Ostens, an einer tüchtig geordneten Entwicklung der polnischen Kohleneinfuhr interessiert sein müssen. Stellen doch z. B. die jüngsten Preiserhöhungen über das neue, von der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft zu Dessau zusammen mit Giesches Erben propagierte Magdeburger Industrialisierungsprojekt schon die demnächst hereinflutende polnische Kohle für diese Zwecke ausdrücklich mit in Rechnung. Daher darf, mögen auch die bisher bei den Verhandlungen mit Polen für die Einfuhrkontingent ins Auge gefassten Preisbindungen eine gewisse Gewähr bieten können, dennoch namentlich angesichts der rücksichtslosen Preissteigerung, die Polen z. B. auf den skandinavischen Märkten entwickelt, die Sorge um den deutschen Markt nicht unterdrückt werden. Es wäre daher sicherlich zu begrüßen, wenn es den Beteiligten auf möglichst breiter Grundlage bald gelänge, gemeinschaftlich geeignete und gangbare Mittel und Wege ausfindig zu machen, um diese Sorge auszuräumen oder abzuschwächen.

Das Wadener Revier

hat unter merklicher Erhöhung seiner Belegschaft, für die eine sehr ausgedehnte Arbeiterwohnungsbaupolitik besteht, seine Entwicklung, wie schon vorstehend angedeutet, sowohl auf dem Gebiete der Kohle wie des Kokses mit Erfolg fortgesetzt. In Kohle hat es die Förderung des letzten Friedensjahres um beinahe 69 Prozent vermehrt, seine Koksherstellung ist in fühlbarem Anstieg und hat nachgerade die des letzten Friedensjahres eben übertraffen. Im Absatz hat es sich unter dem Druck der schweren holländischen Konkurrenz besonders in Richtung auf den süddeutschen Markt ausgedehnt.

Von den übrigen kleineren Revieren

Sachsen, Niederachsen und Bayern, die im wesentlichen auf ihrem vorjährigen Produktionsstand verblieben sind, hat erkeres trotz der auch in seinen Unternehmungen ausgebildeten Verwendung maßstablicher Kohlenförderung immer noch keinen erheblichen

dem Fortschritt in der Entwicklung des sogenannten Förderanteils aufzuweisen. Er bleibt nach wie vor fühlbar unter dem Friedensstande. Es mag dies wohl in erster Reihe mit dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften zusammenhängen, was sich doch sogar für einzelne Werke dieses Bezirkes die Notwendigkeit der Veranlagung von Ausländern zur Ergänzung der Belegschaft ergeben.

Besonders charakteristisch ist das Bild, das der südliche, Bayern, Württemberg, Baden und Wessen umfassende

Kohlenmarkt

bietet. Er ist nachgerade der Tummelplatz beinahe aller europäischen Kohlenreviere geworden. Seine Aufnahmefähigkeit an Kohle hat sich nach den beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung vorhandenen Unterlagen, wenn der gesamte Verbrauch an festen Brennstoffen in Steintohlenwert umgerechnet wird, von rd. 17,7 Mill. T. im Jahre 1913 auf rd. 18,5 Mill. T. in 1927 und auf rd. 19,6 Mill. T. im verfloßenen Jahre, also um rd. 4,6 Prozent und 10,6 Prozent gegen 1913 erhöht, eine bei seiner natürlichen Ungewissenheit auf die durch die neuen süddeutschen Wasserkräfte erzeugte Energie um so mehr auffallende Steigerung, als die Kohlenverbrauchszahlen für ganz Deutschland in seinen jetzigen Grenzen für diese letzten Jahre niedrige Steigerungssätze aufweisen. Während die Ruhr im Jahre 1913 von dem süddeutschen Bedarf reichlich die Hälfte bedeckte und in 1923 wie 1927 mit 50,2 Prozent in der Nähe dieses Anteils blieb, ist ihr Versorgungsverhältnis in 1928 auf 46,2 Proz. zurückgegangen. Dagegen hat sich der Anteil Wadens seit 1913 in regelmäßiger Zunahme bis 1928 mehr als verdoppelt und der Ober- wie Niederschlefen stark aufgeschwungen. Ebenso haben sich unter merklicher Zurückdrängung der ausländischen Braunkohle die Anteile der rheinischen und mitteldeutschen Braunkohle sowie auch der bayerischen Kohle erheblich vergrößert, und daneben ist die ausländische Zufuhr in Steintohle, unter der neben der englischen und holländischer Herkunft jetzt auch die Saars- und Lothringen-Kohle auftritt, von 9,5 Prozent in 1927 auf 11,6 Prozent im verfloßenen Jahr angewachsen.

Die Saargruben, die bei einer Zahl von etwa 11 Prozent gegen 1927 verminderten Belegschaft im verfloßenen Jahre zum ersten Male im Schichtförderanteil die Leistung des letzten Friedensjahres etwas überschritten haben und, was namentlich für die durch die Fremdbherrschaft nach wie vor bedrückte Belegschaft von besonderem Vorteil war, die im Vorjahr übermäßige Zahl von Feilschichten vermeiden konnten, haben im Berichtsjahr dank der französischen Nachfrage und der gesteigerten Einfuhr nach Deutschland einen guten Absatz gehabt. Aber dieser ganze, eben geschilderte Aufstrom von Brennstoffen aller Herkunft nach dem süddeutschen Gebiet, das die Ruhrkohle an sich als unbestrittenes anzupreisen gewohnt ist, verdeutlicht klar den schweren Kampf, den sie nach allen Seiten hin zur Bewahrung ihres Absatzes zu bestehen hat.

Die nächsten Ausführungen sind der

Lage des Ruhrbergbaues

gewidmet. Hier ist interessant, wie Herr Bennhold in auffallend einseitiger Stellungnahme seine Darlegungen im Interesse der Belegschaft und gegen die Arbeiterforderungen macht. Der Glaube, mit dem er die Forderungen der Ruhrindustriellen entgegenzunehmen und verteidigt, wirkt geradezu wie angeblüht der Beweisführung, die wir als Verband für die Rentabilität des Ruhrbergbaues erbracht haben. (Er (Herr Bennhold) berichtet:

Die vorübergehende Aufbesserung der finanziellen Mittel, die den Unternehmungen durch den langen englischen Streik von 1926 zuteil geworden war, ist durch das kaum gewinnbringende Geschäft der Jahre 1927 und 1928 und durch die zur Modernisierung der Anlagen erforderlichen Investitionen aufgezehrt worden, die teuren neuen Leihkapitalen können angesichts der steuerlichen, Reparations- und sonstigen Belastung kaum erwirtschaftet werden. So sind nach einer neuerlichen Darstellung des Kommissars für Stilllegungsangelegenheiten in Dortmund im Ruhrbezirk im verfloßenen Jahre 23 selbständige, darunter auch mehrfach bedeutendere Schachtanlagen, die sich auf alle Gegend und Kohlenarten des Bezirkes verteilen und zum Teil als für absehbare Zeit aufgegeben zu werden, stillgelegt worden. In den Jahren 1927 und 1928 trat dieses Schicksal nur je 6 Becken, während allerdings im Jahre 1925, in dem der sogenannte negative Rationalisierungsprozess an der Ruhr einsetzte, 37 Becken aufgegeben worden waren. Von 1924 bis einschließlich 1928 sind auf diese Weise 89 selbständige Schachtanlagen des Ruhrbergbaues ein Opfer der Kohlenkrise geworden. Es ist auch leider nach der ganzen Lage nicht anzunehmen, daß der Prozess sich bereits seinem Ende nähert; die jüngsten Vorgänge im Bezirk weisen schon darauf hin.

Nebenher läuft die andere Seite der sogenannten negativen Rationalisierung, die bei den noch in Betrieb gehaltenen Schachtanlagen die gegenwärtig nicht mehr wirtschaftlich abbaufähigen Flöze und Flözpforten aufgibt und sie auf diese Weise in den meisten Fällen für immer opfert. Die Verluste, die gerade durch diese dem bisher an andere Abbauregeln gewöhnten Ruhrbergbau von der Not aufgezwungenen Maßnahmen für das Rationalisierungsprogramm erwachsen, sind, wenn auch schwer allgemein zu schätzen, so jedenfalls ebenfalls außerordentlich groß und bedauerlich.

Der Stand der Grubenbelegschaft des Ruhrreviers

ist unter dem Einfluß aller dieser Vorgänge von rd. 443 600 Köpfen im Jahresdurchschnitt 1924 auf rd. 359 200 in 1928 und im letzten Jahre selbst von rd. 374 500 im Januar auf rd. 343 800 im Dezember zurückgegangen; in den ersten Monaten des laufenden Jahres scheint allerdings ein gewisser Stillstand in dieser Abwärtsbewegung eintreten zu wollen. Bei diesem Abbau, der im verfloßenen Jahre reichlich 30 000 Arbeiter und eine entsprechende Zahl von Angestellten erfaßt hat, und der namentlich auch auf die dauernde Leistungsfähigkeit der bergbaulichen Personalsanstellungen nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben kann, wird regelmäßig, worauf auch besonders Behörden und Betriebsvertretungen achten, unter unklarer Wahrung der sozialen Rücksichten vorgegangen. Eine gewisse Erleichterung dabei schafft die Einrichtung der inapparatlichen Alterspension. Da die Aufnahmefähigkeit anderer Bergbaugewerbe und auch anderer Berufs-zweige zumal bei der wechselnden Konjunktur nur eine sehr begrenzte ist, kann nicht verkannt werden, daß die durch diese ganze Entwicklung der Dinge herbeigeführte Lage der Ruhrbergarbeiterbevölkerung eine recht bedauerliche geworden ist, freilich im Vergleich zu dem auch jetzt immer noch erschreckend großen Arbeitslosenheer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt immer noch eine verhältnismäßig erträgliche. Eine durchgreifende Korrektur wird wohl erst, wenn nicht sonstige ungeahnte Verhältnisse eintreten, von dem demnächst allmählich aufbrechenden Ausdauern des aus den 51 Kriegsmontaten herfließenden Geburtenausfalles zu erwarten sein. Dieser Ausfall wird für Deutschland allein auf etwa 3 1/2 Millionen Menschen berechnet, und gerade im Hinblick auf die Probleme, die das daraus resultierende Fehlen menschlicher Arbeitskräfte dann stellen wird, wird sich noch ein besonderer Wert der im deutschen Kohlenbergbau vorgenommenen Rationalisierung ergeben. Sie hat, was insbesondere die Entwicklung des Förderanteils je Schicht und Kopf der Gesamtgrubenbelegschaft des Ruhrreviers anbelangt, auch im Laufe des verfloßenen Jahres einen beachtenswerten weiteren Fortschritt erkennen lassen. Mit ziemlicher Regelmäßigkeit, die nur in den Monaten April und Mai unterbrochen wurde, ist der Förderanteil von 1132 Kg. im Jahresdurchschnitt 1927 auf 1191 Kg. im Jahresdurchschnitt des Berichtsjahres, also um reichlich 5 Prozent und damit auf rd. 126 Prozent des Standes im letzten Friedensjahr angestiegen. Als begründete Werte Begleiterscheinung ist dabei in erfreulichem Gegengang zum Vorjahr ein Rückgang in den Unfällen festzustellen.

So hoch auch die günstige Entwicklung dieses wichtigen Selbstfaktors, des Förderanteils, einzuschätzen ist, so hat doch der Ruhrbergbau in seiner jüngst

der Reichsregierung vorgelegten und veröffentlichten Denkschrift

nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß sich das Gesamtbild seiner wirtschaftlichen Lage im verfloßenen Jahre gegenüber dem durch das Schmalenbach-Gutachten festgestellten unbedeutenden Stande nicht nennenswert zum Besseren verändert habe. Die Ausnutzung der Mai-Lohnerhöhung und das Ansteigen anderer Selbstkostenbestandteile, unter denen nachgerade die Löhne des Bergverlages ein besonderes Interesse beanspruchen, sowie eine Verschlechterung des Ergebnisses in wesentlichen Zweigen der Koks- und Nebenproduktengewinnung hätten die Verbesserung des Förderanteils und den Erfolg der seit Mai eingetretenen Kohlenpreiserhöhung, deren Wirkung durch die oben näher beleuchteten Absatzhemmnisse auf dem Binnen- und Außenmarkt eine unerwartete fühlbare Einbuße erlitten hätte, im wesentlichen wieder ausgeglichen. Damit werde die schon lange brennende Frage der ausreichenden Sicherung der Werksabhaltung und der Veranlagung des in großem Umfange namentlich auch in letzter Zeit für die Fremdbelieferung der Koksereinerichtungen heringekommenen Fremdbaus und des eigenen Kapitals immer ernster, und es müsse unter diesen Umständen die angelegentlichste Sorge aller an der Kohlenwirtschaft Beteiligten sein, dem Steintohlenbergbau bald wieder zu einer angemessenen Rentabilität zu verhelfen. Der unter dem Einfluß des harten Winters zugestandenermaßen eingetretene Wessung der Erlöse in den ersten Monaten des laufenden Jahres mit der Ruhrbergbau, da es sich nur um eine aller Wahrscheinlichkeit nach vorübergehende Erscheinung handele, keine entscheidende Bedeutung sei.

Dieser Mahnruf, dessen tatsächliche Unterlagen jüngst aus beruflichen Munde durch die Ausführungen des preußischen Handelsministers im Landtag in den wesentlichen Punkten bestätigt worden sind, hat begreiflicherweise in der Öffentlichkeit ein recht verschiedenes Echo hervorgerufen. Aber es ist doch immerhin mit Genugtuung zu vermerken, daß nachgerade auch aus denjenigen Kreisen, die bisher sich gewissermaßen grundföchtig gegen die wirtschaftlichen Darstellungen der Gegenseite eingestellt zeigten, keine strukturelle Ablehnung mehr dagegen verlaute, auf die angemessenen Gebotengänge sich in näheren sachlichen Meinungsäus-tausch einzulassen. Es wäre daher sehr zu begrüßen gewesen, wenn die Beteiligten der von den Herren Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministern unlängst gegebenen Anregung nachgekommen wären, und sich unter vorläufiger Aufrechterhaltung der bestehenden tariflichen Vereinbarungen zu dem Versuch verstanden hätten, in einem von ihnen bestellten Ausschuß von Vertrauensleuten die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten einer näheren Klärung und Annäherung entgegenzuführen. Leider haben die Gewerkschaften geglaubt, jedenfalls eine solche Bindung zur zeitigen Nichtaufkündigung der geltenden Arbeitsverträge nicht eingehen zu können, und so wird denn verflucht werden müssen, eine Lösung der schwierigen Lage, die durch die inzwischen von den Arbeitern ausgesprochene und von der Arbeitgeberseite auch ihrerseits ausgenommene und erweiterte Klüftung der geltenden Tarifabkommen ungleichbar noch verwickelter geworden ist, im Wege der sonst üblichen Auseinandersetzung herbeizuführen. Wenn dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein soll, so muß allerdings darüber Klarheit herrschen, daß das schwere Problem auf die Dauer nur überwunden werden kann, sofern von beiden Seiten in aufrichtigem Gemeinschaftsgeist und sachlicher Arbeit an seine Lösung herangegangen wird. (Der leitete sich Herr Bennhold eine derart einseitig — im Interesse der Unternehmer — gehaltenen Darstellung, daß es schon fast an bewußte Entstellung grenzt mit der Absicht, die Position der Gewerkschaften in der schwebenden Lohnbewegung zu schwächen.)

Die oben festgestellte Zunahme der deutschen Kokszeugung stammt zum weit überwiegenden Teil aus dem Ruhrbezirk. Er ist in den letzten Jahren zu einer weitgreifenden, bringend notwendigen Modernisierung seiner Koksereinerichtungen geschritten. Während zu Beginn des Jahres 1926 140 meist veraltete Koksereien mit rd. 16 200 Oefen betrieben wurden, sind jetzt, dem auf 32 verschiedenen Anlagen insgesamt 2770 neue Oefen errichtet worden, von denen 1060 zur Vervollständigung bereits bestehender Anlagen dienen und 1710 auf 18 vollständig neue Koksereien entfallen. Zusammen mit vier ohnehin schon als Großkoksereien anzusprechenden Anlagen sind jetzt 36 mit erheblich gesteigert Leistungsfähigkeit ausgestattete, zum Teil auch architektonisch eindrucksvolle Großkoksereien mit nicht ganz 7000 Oefen im Bezirk vorhanden, neben rd. 6000 bisher noch im Betrieb gehaltenen alten Oefen, die aber in absehbarer Zeit mehr oder weniger in Abgang kommen werden. Der mehrfach zu hörenden Bemänglung, daß mit dieser Entwicklung eine unnötige Ueberkapazität der Koksherstellung geschaffen worden sei, begegnet die Industrie mit dem Hinweis, daß die Bechen noch ungenügend im Januar 1928, die syndikalischen Aufträge in Koks nicht ausreichend hätten befriedigen können, und auch die in der letzten harten Kälteperiode plötzlich aufgetretenen starken Anforderungen nach vermehrten Brechkokslieferungen, die selbst alte, bereits stillgelegte Koksöfenbatterien wieder haben aufleben lassen, legen es doch wohl nahe, mit dem Vorwurf unwirtschaftlicher Kapazitätssteigerung vorsichtig umzugehen.

Die Zunahme der deutschen Kokszeugung hat auch zu einer Vermehrung unseres Auslandsvertrages in Koks, allerdings nicht so sehr in der freien Ausfuhr als vielmehr im Reparationsverkehr, geführt. Die Jahresausfuhr in Koks einschließlich Reparationen mit beinahe 8,9 Mill. T. im verfloßenen Jahr ist die höchste bisher erzielte, wenn von dem Kohlenausnahmehjahr 1926 abgesehen wird.

In auffallendem Gegensatz zu den angeführten Steinkohlenziffern hat sich im verfloßenen Jahre und auch noch weiterhin in den ersten Monaten des laufenden Jahres

die Produktion der deutschen Braunkohle

entwickelt. Während sie in den beiden Jahren 1926 und 1927 von der Steinkohle merklich überflügelt worden war, zeigt sie im letzten Jahre einen überraschend großen Mengenanstieg um rd. 15 1/2 Mill. T. vor ihrem Wettbewerber. Mit einer Jahresförderung an Braunkohle von rd. 166 1/2 Mill. T. hat sie die Vorkriegsproduktion um beinahe 15 1/2 Mill. T., das ist um nahezu 10 1/2 Prozent, und die des letzten Friedensjahres um rd. 7,9 Mill. T., das ist um reichlich 90 Prozent, übertrifft. In ähnlichem, allerdings nicht ganz so großem Verhältnis bewegt sich die Steigerung der Braunkohlenbrückherstellung, die mit reichlich 40 Mill. T. im Jahre 1928 diejenige des Vorjahres um etwa 3,7 Mill. T. und diejenige des letzten Friedensjahres um reichlich 18 Mill. T. überholt hat. In dieser Fortentwicklung haben alle drei großen Braunkohlenreviere Deutschlands in ziemlich gleichem Ausmaße teilgenommen und haben auch für ihre Produkte, namentlich für das Briquet, dank der zweckmäßigen Staffeln seiner Gausbränsommer- und Winterpreise einen guten gleichmäßigen Absatz gefunden. Nur im Bereich des Leipziger Syndikats hatte in den letzten Monaten des verfloßenen Jahres der flotte Abgang der Ware etwas nachgelassen, wohl eine Folge der reichlichen Eindeckung zu den vorteilhaften Sommerpreisen und der allmählich immer fühlbarer werdenden Abschwächung der heimischen Konjunktur. Seine Stapel haben dann aber bei der durch den harten Frost sprunghaft gestiegenen Nachfrage sehr zur Erleichterung der Lage beigetragen. Die abdrückende Konjunktur hat auch mehr den Absatz der Ruhrbraunkohle auf dem freien Markt verringert, so daß die Inanspruchnahme der stark gedeiherten Ruhrbraunkohlenförderung, soweit sie nicht zur Herstellung der vermehrten Briquetherzeugung erfordert wurde, den auf der Braunkohle erweiterten Unternehmungen der Großverbraucher, unter ihnen namentlich der chemischen Industrie und den Elektrizitätswerken, zuzuschreiben ist. Eine Beschäftigung dieser Art bietet die Tatsache, daß von 1927 auf 1928 die Belieferung mit Ruhrbraunkohle bei der deutschen chemischen Industrie um rd. 19 Prozent und bei den Elektrizitätswerken um rd. 18,5 Prozent gestiegen ist, während die Verwendung von Steinkohle durch dieselben Verbraucher

wenige im demselben Zeitraum nur um 6,7 und 0,8 Prozent zugenommen hat.

Die starke Erhöhung der Produktion ist von einer verhältnismäßig nur geringen Vergrößerung der Belegschaft begleitet gewesen. Im Jahresdurchschnitt ist die in dem gesamten deutschen Braunkohlenbergbau beschäftigte Arbeiterzahl in 1928 gegenüber dem Vorjahr nur um rd. 2100 Mann gewachsen, ein Beweis, in welchem Umfang die Maschine und die Großraumförderung die Tagebau beherrschen. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres hat sich allerdings in allen Braunkohlenzentren ein etwas spürbares Ansteigen in der Zahl der Beschäftigten beobachten lassen, das wohl mit der den Werken auferlegten fortschreitenden Arbeitszeitverlängerung in Zusammenhang zu bringen ist.

Der in den letzten Wintermonaten

ausgetretene ungewöhnlich strenge Frost hat für die Tagebaubetriebe namentlich des Ostens bisher kaum gelassene Schwierigkeiten mit sich gebracht. Welt nicht geringen Anstrengungen ausgesetzt sind die in Ueber- und Sonntagarbeit tätigen Belegschaften haben sie sich aber wenigstens insoweit überwinden lassen, daß nur an vereinzelten Stellen des Versorgungsbereichs empfindlichere Störungen in der Bedarfsdeckung zu beobachten waren, auf deren timely baldige Wiltberung von allen Seiten, Behörden, Wirtschaft und Handel, Bedacht genommen wurde. Was besonders Groß-Berlin anbelangt, so lagen bei unvorhergesehenem Ausbruch der Dinge hier die Haupt Hindernisse für die Befriedigung aller, man mag wohl aus einem biblischen Anglizismus heraus überhöhter Wünsche im wesentlichen bei der durch Kälte und Schnee so überaus erschweren lokalen Abfuhr. Die Versorgung Groß-Berlins mit Brennstoffen war im Laufe des ganzen Jahres gerade mit Rücksicht auf die Erfahrungen des Vormonats planmäßig so geregelt worden, daß in 1928 reichlich 200 000 T. Steinkohlen und 400 000 T. Braunkohlenbriketts mehr als im Vorjahr angeliefert worden sind, so daß sich auf den Kopf der ortsanwesenden Bevölkerung statt 1,67 T. im Berichtsjahr ergibt. Ein Mangel an Voraussicht und Farsicht lag nach wie vor der Produktion noch dem Handel zum Vorwurf gemacht werden, vielmehr wird sich als Behie, um gegen unliebsame Ueberschuldungen durch die Naturgewalten in Zukunft geschützt zu sein, auch für die Berliner Bevölkerung, so wohl die Industrie wie Gewerbe und Hausbrandverbraucher, die Notwendigkeit ergeben, mehr, als es in den letzten Jahren gesehen ist, für eine ausreichende rechtzeitige Bevorratung in Brennstoffvermögen zu sein. Mögen dabei die beanagten Berliner Baumverhältnisse auch gewisse Schwierigkeiten bieten, sie werden sicherlich zusammen mit dem Kohlenhandel, der es dabei zur Erfüllung seiner Versorgungsaufgabe gewiß nicht an dem nötigen Geschick und Erfolg fehlen lassen wird, im großen und ganzen befriedigend gelöst werden können.

Nachdem die mitteldeutsche Braunkohle nach mehrfachen vergeblichen Bemühungen endlich im letzten Viertel des verfloffenen Jahres eine den Marktverhältnissen besser angepaßte Regulierung ihres Jahrespreisprogramms erlangt hat und dadurch zugleich in der Lage ist, einen gewissen Ausgleich für die in der Vorzeit durch Lohnhöhung und Arbeitszeitverlängerung erlittene Mehrbelastung zu finden, sowie angeht, der stetigen Fortentwicklung des Kölner Reviers erscheinen, abgesehen von den Tiefbaubetrieben, die infolge ihrer Unwirtschaftlichkeit leider immer mehr zum Erliegen kommen, die Zukunftsaussichten der Braunkohle, zumal sie auch auf dem Gebiete der Veredelung und Verwertung mit den modernen Fortschritten mitzugehen lehrhaft bemüht ist, trotz der hohen Investitionen, welche die weitgehend durchgeführte Mechanisierung und Durchorganisierung der Betriebe verlangt haben, einigermaßen beruhigend. Begünstigt wird dieser Ausblick durch die Tatsache, daß, nachdem im vorigen Jahre sich das Steinkohle-Braunkohle-Verhältnis auf weitere fünf Jahre zusammengefaßt hat, jetzt auch der Bestand der beiden anderen Braunkohle-Verhältnisse durch deren jüngste Beschlüsse, über die heute noch an anderer Stelle zu berichten sein wird, für eine längere Dauer gesichert ist. — Wird

das Jahresergebnis in Stein- und Braunkohle zusammengefaßt

und dabei der Wert der letzteren im Vergleich zur Steinkohle nach dem üblichen Verhältnis von 2:9 eingelegt, so erhält man, auf Steinkohle umgerechnet, eine deutliche Gesamterhöhung in Steinkohle von beinahe 188 Mill. T., also eine knappe Million Tonnen mehr als im Vorjahr und rd. 2 Mill. Tonnen mehr, als Deutschland in seinen jetzigen Grenzen (ohne Saar) in 1913 hervorgebracht hat, während damit die Gesamtproduktion von Deutschland in seinen damaligen Grenzen nur zu knapp 90 Prozent erreicht wird. Diese Produktion ist im Berichtsjahre im wesentlichen auch untergebracht worden; übergroße Lagerbestände waren am Ende des Jahres in Steinkohle und Braunkohlebriketts kaum vorhanden, während die namentlich im Ruhrbezirk unter dem Einfluß des Eisenkonflikts stärker angesammelten Kohllager in den folgenden Monaten dank der Nachfrage der Eisen- und Stahlerzeugung und der gesteigerten Nachfrage während der Kälteperiode im wesentlichen gelichtet worden sind.

Die ganze Entwicklung weist deutlich auf die

wachsenden Fortschritte der Braunkohle

und namentlich des Braunkohlenbriketts im Gewerbe und Hausbrand hin. Das Abhängen der industriellen Konjunktur hat die Braunkohle, abgesehen von ihren hauptsächlichsten Großverbrau- chern in der chemischen und elektrischen Industrie, ebenso zu spüren bekommen wie die Steinkohle. Aber die auch in 1928 in en hohen Stand im wesentlichen noch behauptende gewerbliche Erzeugung und der durch steigende Arbeitseinkommen gestärkte Privatverbrauch — die Wochenumsätze je Mitglied der deutschen Konsumvereine haben, wenn auch verlangsamt, bis Ende 1928 weiter zugenommen — haben offenbar dem Braunkohlenbrikett in wachsendem Maße ihre Gunst bewahrt, und es gewinnt den Anschein, als ob die Bemühungen dieses handlichen und preiswerten Brennstoffes um Verdrängung namentlich des Holzes als Konkurrenzanten allmählich von Erfolg gekrönt würden. Charakteristisch für die Bevorzugung des Briketts sind auch die weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften nach Befreiung gerade mit diesem Brennstoff. Wünsche, denen angesichts des einmal vorhandenen Standes der Produktion nur in beschränktem Umfang nachgegeben werden konnte, wollte man nicht die hergebrachten Vorteile des alten angekommenen freien Kohlenhandels und damit die Erfüllung seiner wichtigen Ausgleichsaufgabe zwischen Produktion und Verbrauch noch mehr schmälern, als es namentlich im Bereich des schwebenden Subsidats ohnehin schon dessen neue Verteilungsgrundsätze in gewissem Umfang mit sich bringen. Was den Lagerhaltenden Kohlenhandel anbelangt, so haben besonders die Erfahrungen des verfloffenen Winters eindringlich bewiesen, daß es nachgerade geboten ist, die Zahlungsfähigkeit dieses unentbehrlichen Vermittlers zwischen Produktion und Verbrauch durch geeignete Maßnahmen zu betonen, und es wäre zu wünschen, wenn die Beteiligten mit dieser gerichteten Anregungen demnach hervortreten würden.

Die Steinkohlenproduktion der Welt,

die sich nach den bisher überlieferten Zahlen für das Berichtsjahr in Höhe von etwa 1286 Mill. met. Tonnen bewegt, hat sich gegenüber dem Vorjahr, in dem sie den bisher höchsten Stand mit rd. 1269 met. T. erreicht hatte, um rd. 17 Mill. met. T. erniedrigt, übersteigt aber diejenige in jedem der letzten Normaljahre 1924 und 1925 noch um rd. 45 Mill. met. T. und kommt der Produktion des letzten Friedensjahres 1913 bis auf etwa 9 Mill. met. T., um die die letztere kleiner gewesen ist, nahe. Der Hauptteil des Nachwachses trifft mit rd. 25 Mill. met. T. die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten Nordamerikas, während ein Weniger von fast 14 Mill. met. T. England und der Rest im wesentlichen Deutschland zuzuschreiben ist.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

haben damit den bedeutenden Produktionsverlust, den sie bereits im Jahre 1927 unter dem Einfluß des lange dauernden Ausstandes in den hauptsächlichsten westlichen Kohlenbezirken erlitten hatten, fortgesetzt und sind mit einer Jahresförderung von rd. 514 Mill. met. T. unter die entsprechenden Zahlen der Jahre 1926, 1924 und 1913 zurückgefallen. Auch in Anbetracht der Abnahme der Förderung um reichlich 3 Mill. met. T. gegen das Vorjahr festzustellen. Die Entwicklung hängt offenbar mit der wirtschaftlichen Depression zusammen, die in der ersten Hälfte 1928 noch in Nordamerika herrschte und erst später durch den starken Aufschwung, namentlich der Eisen- und Stahlindustrie, abgekl. wurde. Im übrigen macht sich auch in den Vereinigten Staaten nach dem Ausbruch maßgebender Persönlichkeiten die Wahrheit des Wortes »Too many mines and too many miners« geltend. Außerdem hat aber auch die Ausfuhr von Steinkohle nach Südamerika durch den englischen Wettbewerb sehr gelitten, während diejenige in Anbetracht namentlich nach Kanada ihren alten Stand behauptet hat. Diese Beobachtung mit der Ausfuhr hat neuerdings die Regierung veranlaßt, zur Förderung des Auslandsverkehrs eine Summe von etwa 4 Millionen Pfund Sterling auszuwerfen, um mit ihrer Hilfe die Verluste zu decken, welche die staatseigenen Schiffe bei der Kohlenverfrachtung voraussichtlich erleiden werden, also eine Maßregel, die fast an die von der englischen Regierung jüngst zur Erleichterung der Landfrachten für die Ausfuhrkohle getroffene Subventionspolitik erinnert.

Da Kanada und das übrige Amerika keine wesentlichen Veränderungen in ihrer an sich nicht gerade bedeutenden Kohlenproduktion zeigen, so hat sich das Verhältnis in der Welt-Steinkohlenproduktion zwischen Europa und Amerika im Berichtsjahr um ein geringes weiter zugunsten Europas verschoben. Amerika ist nach den bisherigen vorläufigen Schätzungen bei einer absoluten Förderung von rd. 529 Mill. met. T. mit etwa 43,14 Prozent gegen rd. 49,08 Prozent im Vorjahr und Europa mit etwa 48,49 Prozent gegen etwa 47,97 Prozent im Vorjahr an der Weltproduktion im Jahre 1928 beteiligt gewesen. In den übrigen Erdteilen sind irgendwie nennenswerte Verschiebungen in ihren an sich nicht großen Anteilverhältnissen an der Welt-Steinkohlenproduktion nicht zu beobachten. Infolge der immer wiederkehrenden politischen Wirren in China sind seine Förderzahlen in ständigem Rückgang begriffen. Die australische Steinkohle ist, nachdem die Versuche der Regierung behufs Ermäßigung der überaus hohen Lohnhöhe an dem Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert sind, nachgerade nicht mehr wettbewerbsfähig und durch fremde Importe verdrängt, soweit nicht die in planmäßiger Entwicklung begriffene australische Braunkohle Ersatz bietet.

In Europa

zeigt von den westlichen kontinentalen Kohlenländern Holland auch im verfloffenen Jahre wieder die stärkste Steigerung der Steinkohlenproduktion. Seine Jahresförderung umg hat in 1928 nahezu 11 Mill. T. erreicht, übertrifft damit diejenige des Jahrs 1927 um beinahe 1,6 Mill. T., das ist um reichlich 17 Prozent, und seine Produktion des letzten Friedensjahres um beinahe das Sechsfache. Der Menge nach wäre es dadurch inländisch gesetzt, seinen Kohlenbedarf, der infolge fortschreitender Industrialisierung des Landes auf etwa 12—13 Mill. T. jährlich angewachsen ist, ungefähr selbst zu befriedigen, wenn es nicht für den Bezug gewisser ihm fehlender Sorten auf das Ausland angewiesen wäre. Und den Anblick der vor einiger Zeit in seinem nordöstlichen Grenzgebiet erhobenen, fast gashaltigen Kohlen ist es noch nicht herangekommen, offenbar, weil die wirtschaftlichen Ergebnisse seines Kohlenbergbaues und die ganze Marktlage nicht sonderlich zur Aufwendung neuer erheblicher Mittel behufs Erzielung weiterer Kohlenbergwerke ermutigen. Seine bedeutende Abnahme von deutschen Brennstoffen hat sich auch im Vorjahr im ganzen in dem üblichen Rahmen bewegt, ebenso wie auch seine Gesamteinfuhr, deren Durchschnittspreis je Tonne sich von 13,38 fl. in 1927 auf 12,17 fl. im Vorjahr erniedrigt hat. Seine Ausfuhr in Steinkohle hat es dagegen um rd. 1 Mill. T. gegen das Vorjahr auf etwa 7 1/2 Mill. T. gesteigert. Der durchschnittliche Verkaufspreis je Tonne hat sich nur gering um 11,20 fl. in 1927 auf 11,15 fl. gesenkt. Begünstigt durch den ihm eigenen wohlfeilen Wasserweg, ist es, wie schon erwähnt, in vermehrtem Umfange auch auf dem süddeutschen Kohlenmarkt aufgetreten. Zur Ausnutzung der kostengünstigen der holländischen Staatsgruben für Gewinnung synthetischen Ammoniaks ist jüngst eine kapitalfräftige belgisch-niederländische Gesellschaft gegründet worden.

Die französische Kohlenindustrie

ist im wesentlichen auf dem vorjährigen Produktionsstand in Kohle stehen geblieben. Bemerkenswert vermehrt hat sich immerhin die Kohlerzeugung, die jetzt diejenige des letzten Friedensjahres um reichlich 9 Prozent übertrifft. Diese Steigerung ist der flotten französischen Konjunktur in Eisen und Stahl, die in der zweiten Hälfte 1928 einsetzte, sehr zuzuschreiben gekommen, obwohl immer noch rd. fünf Reunten des französischen Kohlenbedarfs aus dem Ausland, besonders aus Deutschland, Belgien und jüngst auch aus Holland, gedeckt werden. In der Kohle macht das Votrhinger Beden ununterbrechbare Fortschritte, wo unter Führung der von dem bekannten Industriellen de Hebermihoff geleiteten Societe houillie re de Sarre et Moselle von einer dicht an der Grenze niedergebrachten Tiefbauanlage aus unterirdisch in den Darmst. einen Teil des Saargebietes, eingebracht und von dort die wertvolle Fettkohle dieses Bezirks herausgeholt wird. Zur Organisation des Verkaufs ist am 1. Dezember 1928 die Societe de Vente des Charbons lorrains »Charlor« in Metz in Tätigkeit getreten, eine Neugründung, die bisher noch keinen Vorgang in der französischen Kohlenindustrie gehabt hat. Die Abschlag der französischen Kohle, die in der ersten Jahreshälfte 1928 noch zu sehr wünschen übrig ließ, hat sich unter dem Einfluß der heimischen Konjunktur greifbar verbessert, man hat sich aber auch dort, da die finanziellen Ergebnisse des Bergbaues selbst nicht eben berüchigen, unter Eingehung von Verbindungen mit großen chemischen Konzernen lebhaft der Entwicklung der Nebenbetriebe und Verwertung ihrer Nebenprodukte zugewandt. Zur Sicherung eines ständigen Absatzes, namentlich auch in Kohle, sind in der letzten Zeit auch mehrfach Interessengemeinschaftsverträge zwischen großen Kohlengehilfen und Stahlwerken zustande gekommen. Die Einfuhr englischer Kohle nach Frankreich hat in 1928 um mehrere hundert tausend Tonnen abgenommen, während diejenige aus Belgien, Holland und Polen zusammen um rd. 1,2—1,3 Mill. T. zugenommen hat. Frankreich ist, wenn dabei das Saargebiet außer Betracht gelassen wird, nach wie vor mit etwa einem Drittel seines Kohlenverbrauchs auf den ausländischen Bezug angewiesen.

Ähnlich wie Frankreich ist auch

Belgien

in 1928 im wesentlichen bei derselben Kohlenproduktion wie im Vorjahr geblieben, und hier ist aber die Kohlerzeugung gemessen, so daß sie jetzt mit 5,8 Mill. T. Jahresförderung diejenige des letzten Friedensjahres um fast 70 Prozent übertrifft. Trotz dessen führt das mit Luxemburg zollunierte Belgien nach wie vor durchschnittlich monatlich etwa 20 000 T. Kohle ein. Die Krise, in der sich die belgische Kohlenindustrie zu Anfang des Berichtsjahres befand, hat sich durch energische Stilllegungen und Konzentrationen im Gebiet des älteren Bergbaues und vor allem infolge des Aufschwungs der belgischen allgemeinen Konjunktur wesentlich gemindert. Augenblicklich haben die beteiligten Kreise, nachdem auch der Hausbrandbedarf unter dem Einfluß und den Radierungen des strengen Winters eine Belebung erfahren hat, mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft. In dieser Stimmung trägt offenbar viel bei die jüngste unter dem Einfluß der beiden belgischen Großbanken zustande gekommene Gründung zweier Verkaufsorganisationen zu Brüssel, des Kohle- und Kohlenbriketts-Syndikats, dem etwa 2 Kohlereien und 20 Kohlenfelder fördernde Unternehmen neben einigen Gaswerken angehören, sowie des Verkaufsbüros für Industriekohlen, dem sich 48 belgische Kohlengehilfen angeschlossen haben. Diese beiden Neubildungen haben mit dem 1. April d. J. ihre Verkaufstätigkeit aufgenommen, wobei die erstere sich mit einer Erhöhung des Preises für Kohle um 25 Fr. je Tonne eingeführt hat. Die im allgemeinen unter besseren Verhältnissen arbeitenden Neben des Kohlenbedarfs von Belgien sind geschlossen außerhalb des stark gebundenen Verkaufsbüros ge-

blieben, haben aber ihrerseits eine losere Vereinigung gebildet, die sich nicht sowohl mit dem Absatz selbst, als mit der Verhütung der Preissteigerung befassen soll. Es scheinen aber ausläßliche Verhandlungen über ein Zusammengehen der beiden Vereinigungen in der Preispolitik zu schweben. In der Verknüpfung der Steinkohlegruben mit der chemischen Industrie sind auch in Belgien ununterbrechbare Fortschritte zu beobachten. Bemerkenswert ist aus der jüngsten Zeit nach der Verzicht, durch besondere Transportvergünstigungen, die der Ruhrkohle für die Bahnanfuhr nach Antwerpen in Aussicht gestellt werden, die Konkurrenzfähigkeit dieses Ostens als Kohlenmittels gegenüber seinem überlegenen Wettbewerber Rotterdam wirksam zu stärken. Die Verhandlungen hierüber, die begreiflicherweise in der Hinsichtsfahrt Unruhe hervorgerufen haben, schweben dem Vernehmen nach noch.

Unter den östlichen europäischen Kohlenländern hat in der

Tschechoslowakei

sowohl die Steinkohle, wie die Braunkohlenproduktion gegen das Vorjahr etwas zugenommen, die Steinkohlenförderung hat damit den Vorriessstand um eine knappe Million Tonnen überschritten, während die Braunkohle nach um rd. 2,2 Mill. T., das ist um etwa 10 Prozent, hinter ihm zurückbleibt. Der gleichmäßige Fluß der Kohlenwirtschaft des Landes wurde durch Arbeiterbewegungen im Frühjahr und Herbst beeinträchtigt, ganz besonders aber in den letzten Wintermonaten arg gestört durch einen ausgeprochenen Zusammenbruch des heimischen Absatzes, der der mangelhaften Fürsorge für Bahnanlagen und Fuhrpark zugeschrieben wird. Kurzzeit beunruhigt der in Osterrreich erstlich erwogene Einfuhrzoll auf Braunkohle lebhaft die tschechoslowakischen Interessententeile.

Neben Rußland, das seine Kohlenförderung auf Grund großzügiger Pläne des Sowjet-Wirtschaftskomitees zu steigern sucht, aber im Vorjahr noch im wesentlichen auf dem bisherigen Stande verblieben ist und jetzt auch auf dem Weltmarkt, zum Beispiel mit einem Verkaufsbüro für Donetz-Kohle in Holland und mit Verläufen nach Italien auftritt, nimmt im Osten

Polen

das vornehmlichste Interesse in Anspruch. Es hat seine Gesamtkohlenproduktion in 1928 auf rd. 40,5 Mill. T., das ist auf beinahe seine etwa in dieser Höhe anzunehmende Vorkriegsförderung, gesteigert. Den übertragenden Anteil daran hat Ost-Polen mit rd. 30,2 Mill. T., oder 74,6 Prozent, das damit in 1928 seine Förderung um beinahe 9 Prozent gegen das Vorjahr vermehrt hat und hinter der des letzten Vorkriegsjahrs nur noch um 6,9 Prozent zurückbleibt. Seine Jahresförderung des laufenden Jahres hat die monatsdurchschnittliche Gewinnung des letzten Vorkriegsjahrs 1913 bereits übertraffen. Stark gestiegen ist auch unter dem Einfluß des vermehrten Bedarfs der polnischen Eisenhütten die Kohlerzeugung. Sie übertrifft mit rd. 1 1/2 Mill. T. diejenige des Vorjahres um reichlich 19 Prozent und die des Jahres 1913 um über 70 Prozent.

Die Gesamtabgablage hat sich ebenfalls wesentlich verbessert. Während der Inlandsabatz schon um etwa 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, worin der vermehrte Kohlenbedarf der polnischen Eisenbahn und der zum Teil gutbesetzten Industrie zum Ausdruck kommt — der Kohlenverbrauch je Kopf der polnischen Bevölkerung hat von 1927 auf 1928 um 3 Prozent auf 245 kg. zugenommen —, ist der polnische Kohlenexport von reichlich 9,5 Mill. T. in 1927 gar auf rd. 11 1/2 Mill. T. im letzten Jahre, also um beinahe 18,4 Prozent angewachsen. Er ist damit den Vorkriegszahlen, die das Kohlen-Ausnahmehjahr 1926 für den polnischen Wirtschaftsexport aufzuweisen hatte, wieder nahegekommen. Dabei ist die Belieferung der natürlichen fremden Absatzmärkte, der österreichischen Nachbargstaaten, im ganzen in den gewohnten Grenzen geblieben; stark angewachsen ist dagegen die Ausfuhr nach den skandinavischen und noch mehr nach den baltischen Ländern, während die zeitweilig recht lebhaft verlaufene nach Südeuropa, besonders Italien, fühlbar rückläufig geworden ist. Augenblicklich werden allerdings Verbindungen nach der Türkei angeknüpft, um mit Hilfe zumanischer Seebartarie dort große Kohlenlieferungen unterzubringen. Ueber die n.ö. baltischen Absatzmärkte Östingen und Danzig, deren Umsatzzähigkeit und Handelsflotte stark ausgebaut worden sind, Östingen namentlich auch unter Anwendung großer Mittel privater Kohlenhandelsfirmen, wurden etwa 54 Prozent der gesamten Exportkohle verschifft. Östingen hat seinen Kohlenumschlag von rd. 104 000 T. im Januar 1928 auf eine Mehrleistung von rd. 192 800 T. im September gebracht und zeigt einen Jahresumsatz von beinahe 1 1/2 Mill. T. und damit eine Steigerung um rd. 100 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Fortsetzung des n.ö. baltischen Absatzes, dessen weitere Verklärung durch eine neue direkte Kohlen-Bahnverbindung Ost-Ober-Schlesien mit der Ostsee erleichtert werden wird, unter starker Zurückdrängung namentlich der englischen Kohle, ist Polen aber nur unter außerordentlichen finanziellen Opfern möglich gewesen. Während der Durchschnittspreis je Tonne ost-oberschlesischer Kohle im Jahre 1927 noch 15 Schilling — rd. 32 Mark betrug, ist er infolge der weiterhin rückläufigen Bewegung der Weltmarktpreise auf 12 Sch. — rd. 26 Pl. gesunken. Werden hiervon die Fracht mit 7,20 Pl. je Tonne, die trotz gegenständlicher polnischer Behauptung verlustbringend für die Eisenbahn sein muß, ferner die Umschlagkosten und verschiedene Nebengebühren von zusammen etwa 6 Pl. abgezogen, so bleibt ein Grobpreis von nur rd. 13 Pl., dem Selbstkosten im Durchschnitt von mindestens 17 Pl. je Tonne gegenübersteht. Es ist daher nur zu verständlich, wenn die polnische Kohle versucht, diese Verluste durch künstliche Erhöhung der Inlandspreise und durch eine gesündere Preispolitik beim Verkehr mit ihren natürlichen fremden Absatzmärkten möglichst abzumildern. In den letzten Monaten ist sie daran freilich stark durch die Transporterschwierigkeiten, die der strenge Winter dem an sich schon angepannten polnischen Eisenbahnwesen bereitet hat, und durch die schwelende Bergarbeiterbewegung gehindert worden. Auf der anderen Seite hat auch die Eisabsperrung in der Ostsee ihrem Verkeh nach den Nordländern fühlbaren Abbruch getan, die polnische Kohlenanfuhr nach Skandinavien ist im Januar um beinahe 10 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Diese Wendung hat natürlich die englische Kohle mit vermehrt dem Nachdruck ausgenutzt, um auf den nordischen Märkten zur Wiedererlangung ihrer alten Stellung von neuem festen Fuß zu fassen.

Damit kommen wir zur

Betrachtung der Kohlenwirtschaftlichen Verhältnisse Großbritanniens.

Es ist dasjenige europäische Kohlenland, das im verfloffenen Jahre die bemerkenswerteste Wandlung durchzumachen gehabt hat. Die Aufrechterhaltung seiner Kohlenausfuhr ist auch Großbritannien möglich gewesen. So ist sein Durchschnittsausfuhrpreis, der 1925 nach 19,10 Sch. je Long-Tonne betragen hatte, schon 1927 auf 17,9 Sch. und 1928 gar auf 15,7 Sch. zurückgegangen; sein niedrigerer Stand war im September v. J. 15,4 Sch. Seitdem ist wieder ein gewisses Anziehen zu bemerken, und namentlich seit Beginn des neuen Jahres macht sich eine fühlbare Festigung des Marktes und Preises geltend. Im Februar d. J. stand der Durchschnittsausfuhrpreis auf 15,8 Sch. Ueberhaupt ist die ganze Stimmung im englischen Kohlenbergbau wesentlich zweifelslosiger geworden. Sie hat auch bereits zur Wiedereröffnung einer Reihe seit längerer Zeit geschlossener größerer Kohlengruben und zur Wiederanlegung von über 300 000 Bergleuten sowie zu einer fühlbaren Steigerung der Förderung seit Beginn 1929 geführt. Dadurch bahnt sich eine gewisse Erleichterung in der Lage der seit längerer Zeit in einer Zahl von rd. 250 000 Mann beschäftigungslos gewordenen britischen Bergarbeiter auf. Die Not in diesen Kreisen, unter denen namentlich der Bezirk South Wales mit beinahe einem Drittel arbeitsloser Bergleute hervorragte, war in die Jahreswende 1928/29 nachgerade auf das höchste gestiegen, so daß unter der wirksamen Fürsorge des Prinzen von Wales und unter Führung des Lordmayors von London umfassende öffentliche Sammlungen zur Linderung der Notlage der Familien veranlaßt worden sind, die durch entsprechende Regierungsmittel ergänzt wurden. Daneben laufen auf weite Sicht bedachte Maßnahmen des Staates, die auf die Förderung der Auswanderung

der überhöhten Bergleute, insbesondere nach Kanada in die dortige Landwirtschaft, und auf die Ueberführung in andere englische Berufszweige abzelen, Pläne, die für die Zukunft auch noch wieder von dem jüngst ins Leben gerufenen paritätischen Ausschuss für den Wirtschaftsfrieden unterworfen worden sind.

Die vorjährige schlimme Gestaltung der Lage der englischen Kohlenwirtschaft ist der Verlustwirtschaft zuzuschreiben, in der sie sich seit dem Frühjahr 1927 und in besonders fortschreitendem Maße seit Beginn 1928 befand. Der britische Bergwerksminister beantragte diese Verluste jüngst für 1927 auf 5% Pence und für 1928 sogar auf rd. 3 Schilling je Tonne absetzbarer Kohle, so daß sich für diese beiden Jahre ein Gesamtverlust von annähernd 15 Millionen Pfund Sterling, das sind 300 Millionen Reichsmark, errechnen läßt.

Aus dieser ganzen Darstellung ergibt sich, daß die großen Schwierigkeiten, die schon seit Jahren auf dem Weltkohlenmarkt und besonders auf seinem europäischen Abschnitt namentlich infolge des scharfen Wettbewerbes der aus den verschiedensten Gründen auf den Export angewiesenen Länder England, Deutschland und Polen lasten, auch im vergangenen Jahre ihrer Lösung nicht näher gekommen sind. Der Rückgang um etwa 14 Mill. T., den die europäische Steinkohlegewinnung im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr aufweist, und der in einer Reihe von Ländern zu beobachtende, allerdings nur verhältnismäßig geringe Verbrauchsbedarf an Brennstoffen haben keine nennenswerten ausgleichende Wirkung ausgeübt.

Das internationale Kohlenproblem.

Das auch in der Londoner Brennstofftagung im September und bei dem zweiten internationalen Steinkohlenkongress in Pittsburg im November 1928 gestreift worden ist, mit aller Gründlichkeit aufgenommen. Sie hat Sachverständige der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus elf europäischen Kohlenverzeugungs-, Handels- und Verbrauchsländern über die gegenwärtige Lage gehört, um die erforderlichen Unterlagen für die demnächstige weitere Behandlung der Angelegenheit vor dem Wirtschaftsausschuss selbst zu gewinnen.

auf die Gründung einer internationalen Institution hinaus, in der Vertreter der Produktion (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sowie der Verbraucher und der Regierungen in gemeinsamer Arbeit sorgfältig überlegt, den wechselnden Verhältnissen angemessene Maßnahmen finden sollen, um den derzeit in der internationalen Kohlenwirtschaft herrschenden Unzulänglichkeiten wirksam zu begegnen. So sehr auch die Förderung der schwierigen Frage durch konkrete Umlegungen zu begrüßen ist, so wird doch bei nächster Beurteilung nicht übersehen werden dürfen, daß die befristete Beteiligung der Verbraucher und der Regierungen an der Regelung dieses in erster Reihe wirtschaftlichen Problems keine an sich schon schwere Lösung sicherlich noch weiterentwickeln muß.

Im übrigen werden nimmehr die weiteren Schritte des Genfer Wirtschaftsausschusses in der Frage abzuwarten sein. Die deutsche Kohlenindustrie wird es jedenfalls, wie auch bereits mehrfach von ihren Vertretern erklärt worden ist, nicht an der tätigen Mitarbeit fehlen lassen, sobald die äußeren Voraussetzungen geschaffen sind, um einer wirksamen, in erster Reihe den europäischen Kohlenmarkt umfassenden Abgaberegung näherzutreten.

Gestaltung des Reparationslastenproblems.

Mag auch für die deutsche Kohle noch am ehesten die im letzten Bericht des Reparationsagenten aufgestellte, in ihrer Allgemeinheit durchaus angreifbare These, daß Deutschland auf einem vergleichsweise hohen Niveau wirtschaftlicher Tätigkeit als laufender Betrieb wieder hergestellt sei, den Scheitern einer gewissen äußeren Berechtigung tragen, ohne daß damit die Frage einer befriedigenden Rentabilität namentlich für die Steinkohle behaftet sein soll, so hängt jedenfalls auch das Schicksal der deutschen Kohlenwirtschaft, da sie ihre Hauptstütze in dem deutschen Binnenmarkt suchen muß, auf das engste von der Höhe und der Dauer der Tributabgaben ab, die in Zukunft der deutschen Wirtschaft zur Last fallen.

Sitzung der Preussischen Gruben-sicherheits-Hauptkommission am 8. April in Berlin.

Man befaßte sich zunächst mit der Unfallstatistik. Das Jahr 1928 zeigt für den gesamten preussischen Bergbau einen Rückgang der Unfälle, und zwar von 126 973 Gesamtunfällen im Jahre 1927 (die mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten), das sind 22,92 auf 1000 Mann, auf 128 508 im Jahre 1928. Die Verhältniszahl kann für das Jahr 1928 noch nicht errechnet werden, weil die Belegschaft (Bollarbeiter) noch nicht ermittelt ist.

Als in dem Untertagebetrieb des preussischen Bergbaues ist zum ersten Male eine Abwärtsbewegung der Unfallziffern festzustellen. Dieser Rückgang zeigt sich sowohl bei den tödlichen wie auch bei den angemeldeten Unfällen, ein Zeichen dafür, daß die angemeldeten Unfälle ebenso ernst zu nehmen sind wie diejenigen mit tödlichem Ausgang.

Ferner wurden Berichte erstattet über die nach England, Belgien und Frankreich ausgeführten Studienreisen. Von einer Diskussionsrunde wurde Abstand genommen. Die Berichte werden im Druck erscheinen.

Ausführlich befaßte man sich mit der Frage des Bergbauabbaus bzw. des verfallenen Abbaues im Steinkohlenbergbau. Der Begriff „verfallener Abbau“ ist dahin zu verstehen, daß man von der Einführung fremder Berge absieht. Solche Abbaumethoden sind heute teilweise in Oberschlesien und im Warbenburger Revier im Gebrauch.

Hauptversammlungen der Reichs-knapp-schaft.

Am 16. April traten in Berlin in den Räumen des Reichswirtschaftsrats die auf Grund der Knappschafftsältestenwahlen im Oktober 1928 neu gewählten Hauptversammlungen der Reichsknappschafft zu ihrer ersten Tagung zusammen.

- Karl Wagschulze, Bochum;
Bernhard Meyer, Reinsdorf b. Zwickau (Sachsen);
August Lindner, Waldenburg (Niederschlesien);
Johann Hoffmann, Kallberge (Brandenburg).

Die vereinigte Hauptversammlung,

die durch Zusammentritt der Hauptversammlung für Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten gebildet wird, hat folgende Tagesordnung zu erledigen gehabt:

- 1. Satzungsänderungen;
2. Wahl der Ausschüsse gemäß § 161 Abs. 1 Str. 3 RAO.
Beschl. wurden folgende Satzungsänderungen:
1. Im § 7 und im § 36 sind hinter dem Wort: „Erklärungen“ (vierte Zeile) einzuschalten die Worte: „nach außen sowie“.
2. Im § 73 ist folgende neue Nummer anzufügen:
„10. Der Bezirksverband hat die Übertragung von Arbeiten an selbständige Unternehmer mitzuteilen, falls es sich nicht zweifelsfrei um Arbeiten handelt, die in dem vom Vorstand der Reichsknappschafft aufgestellten Verzeichnis als knappschafftsfrei bezeichnet sind.“
3. Im § 75 Ziffer 9 ist folgender Satz anzufügen:
„Die gleiche Verpflichtung haben die zu Versicherungsleistungen berechtigten Hinterbliebenen der Versicherten, soweit ihnen Leistungen zu Unrecht gewährt worden sind.“
4. Im § 76 ist in der ersten Zeile nach dem Wort „Unfall“ einzufügen: „oder wegen einer Berufskrankheit“.

Die Änderungen treten mit dem Tage der Befähigung durch den Reichsarbeitsminister in Kraft.

Die Änderungen zu den §§ 7 und 36 waren notwendig, da die Zeichnung nach den bisherigen Bestimmungen nicht klar erkennen ließ, daß sie auch nach außen verbindlich ist. Mit der Ergänzung des § 73 wird beabsichtigt, die Arbeitgeber zu verpflichten, der Knappschafftsverwaltung die Zwischenunternehmer in ihrem Betriebe zu melden.

Ein in der Hauptversammlung für Angestelltenangelegenheiten gestellter Antrag, der die Zusammenlegung einiger mittelbedeutender Knappschafftsvereine bezweckte, und der wegen Nichtzuständigkeit der Hauptversammlung für Angestelltenangelegenheiten an die vereinigte Hauptversammlung weitergeleitet werden mußte, wurde von der vereinigten Hauptversammlung dem Vorstand als Material überwiesen.

Nach Schluß der vereinigten Hauptversammlung hielten die neu gewählten Mitglieder des Vorstandes ihre

erste Vorstandssitzung

ab, um die Vorsitzenden und die Ausschüsse zu wählen. Als Vorsitzende des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten wurden unser Kamerad Fris Viktor zum ersten und Generaldirektor Dr. Wislotti zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In dem Vorstand der Angestellten ging der Vorsitz von der AM an den G. d. A. über, dessen Vertreter Markschreiber Vindscheid erster und Generaldirektor Dr. Wislotti stellvertretender Vorsitzender wurde.

Fünf Jahre Demog-Arbeit.

15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte wurden erstellt.

Die Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge-A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter) konnte in diesen Tagen auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist seit 1924 die Spitzenorganisation für das freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Kleinwohnungsweesen.

Zieht man jetzt das Fazit fünfjährigen Wirkens, so können sowohl die Demog als auch die einzelnen Gewerkschaftsverbände voll Stolz auf die bisherigen Erfolge tatkräftiger Selbsthilfe im Wohnungsbau blicken. Von der Demog und ihren Tochtergesellschaften sind seit der kurzen Zeit ihres Bestehens rund 15 000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte erstellt worden.

Der Geschäftsvorbericht der Demog für 1928 geht davon aus, daß im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen zu Beginn des Jahres 1927 durchweg eine recht pessimistische Auffassung über die Möglichkeiten des Wohnungsbaues zu Beginn des Jahres 1928 vorherrschte. Tatsächlich aber wurde erfreulicherweise das Berichtsjahr zu einem Reformjahr für die Wohnungserstellung.

Die Demog ist zu einem wichtigen Glied und zu einer notwendigen Ergänzung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft geworden. Sie arbeitet Hand in Hand mit anderen großen Werken der Arbeiterschaft, der Volksfürsorge und der Arbeiterbank.

Hauptversammlung für Arbeiter-angelegenheiten.

Zur Erledigung standen auf der Tagesordnung zwei Gegenstände, und zwar:

- 1. Satzungsänderungen;
2. Wahl des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten.
Zu Punkt 1 wurden einige Änderungen beschlossen, die aber keine materielle Bedeutung haben, sondern eine bessere Anpassung der Satzung ans Gesetz und die Rechtsprechung bedingen.

- 1. Hinter § 91 ist einzuschalten:
„§ 91 a. Jede Aenderung der Invalidentenpension durch Eintritt oder durch Ausscheiden eines Kindes wirkt vom ersten Tage des auf die Aenderung folgenden Monats ab.“
2. Hinter § 93 ist einzuschalten:
„§ 93 a. Die Rubensvorschriften der §§ 91 bis 94 des Reichsknappschafftsgesetzes finden auch auf das Waisengeld Anwendung.“
3. § 106 erhält von den Worten „mit der Maßgabe“ an folgende Fassung:
„... daß der Tag der erstmaligen Aufnahme der Beschäftigung in einem knappschafftsähnlichen Betriebe oder bei Unterbrechung der Beschäftigung, auch der erneuten Aufnahme der Beschäftigung in einem knappschafftsähnlichen Betriebe für die Berechnung der Anwartschaftsfristen der Auszahlung einer Rente gleichgesetzt wird und daß, falls auch Invalidenversicherungsbeiträge an eine andere Versicherungsanstalt entrichtet worden sind, auch die hierdurch in Kauf gesetzten Anwartschaftsfristen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung zu berücksichtigen sind.“

Bei der Wahl des Abteilungsvorstandes für Arbeiterangelegenheiten erhielt unser Verband von 12 Versichertenvertretern 9, der christliche Gewerksverein 3. Die Zusammenfassung bleibt also wie im alten Vorstand. Von unserem Verbande gehören folgende Kameraden dem Vorstande an:

- Fris Viktor, Bochum;
Josef Rüland, Koblitz (Burmbevier);
Christian Hoffmeyer, Sodingen (Ruhrrevier);
Michael Boos, Penzberg (Oberbayern);
Carl Köhner, Teufenthal (Mitteldeutschland);

17. Woche vom 21. bis 27. April 1929

Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrages besorgt sein.

Aus dem Saargebiet.

Die Saargruben 1928.

Im Jahre 1928 erreichten die Saargruben bei 201,2 Arbeitstagen eine Förderung von insgesamt 13 066 718 T. An dieser Förderung sind die Staatsgruben mit 12 661 797 T. und die Privatgrube Frankenholtz mit 404 921 T. beteiligt. Die Förderung der Staatsgruben ist um 531 957 T. geringer als 1927. Dagegen hat die Privatgrube Frankenholtz die vorjährige Förderung um 42 851 T. überschritten und die bisher höchste Förderung erreicht. Die Zahl der Arbeitstage betrug 201,2 gegenüber 230,48 im Jahre 1927. Im 1. Vierteljahr wurden noch neun Fehlerschichten eingelegt. Die Belegschaft hat sich von 67 845 Mann Ende 1927 auf 59 012 Mann Ende 1928 oder um 7433 = 11,3 Prozent verringert. Die Kopfleistung ist im Jahre 1928 von Monat zu Monat gestiegen und betrug im Durchschnitt 811 Mg. gegenüber 740 Mg. 1927 und 803 Mg. der Staatsgruben 1918. Die Kopfleistung hat zum ersten Male der Kriegs- und Nachkriegszeit die Leistung von 1918 überschritten bei 3000 Mann mehr Belegschaft und einer verkürzten Arbeitszeit von einer Stunde.

Förderung, Leistung und Arbeitstage.

Monat	Staatsgruben	Frankenholtz	Gesamtförderung	Kopfleistung	Durchschnittliche Tagesleistung	Zahl der Arbeitstage
Januar	1 060 209	38 930	1 099 139	23 587	48 767	747
April	959 344	34 876	994 220	19 578	44 478	794
Juli	1 069 047	36 759	1 105 806	29 020	42 626	796
Oktober	1 158 162	40 067	1 198 229	21 494	44 522	834
Dezember	1 032 465	37 181	1 069 646	24 949	45 671	830
Durchschnitt:						
1928	12 661 797	404 921	13 066 718	267 399	45 007	811
1927	13 193 754	402 070	13 595 824	262 388	48 472	740

Verteilung der Förderung.

Jahrenverbrauch	Deputatlohlen	Verfeuerung an die Kokerellen	Gesamtanfall	Verbleibende Kohlen	Endbestand
1928	1 028 167	344 464	3 871 199	13 536 218	167 300
1927	1 042 695	360 970	3 700 308	13 064 715	596 799

Die Verteilung der Kohle zeigt, soweit Bedenverbrauch in Frage kommt, eine Verringerung (trotz Mehrschichten) gegenüber den Vorjahren. Die Verfeuerung an Kokerellen hat sich entsprechend der Mehrproduktion erhöht. An Deputatlohlen wurden 26 000 T. weniger abgegeben, was auf die Belegschaftsverminderung zu buchen ist. Der Gesamtanfall war um 429 500 T. höher als die Förderung. Um diese Tonnenzahl haben sich die Salzenbestände verringert. Dieselben betragen am Ende des Jahres 167 300 T. gegen 596 799 Ende 1927, was einer Vierteljahresförderung entspricht.

Der Kohlenabfah.

Der Verkauf der Kohlen neben dem Selbstverbrauch betrug 11 786 388 T., an Koks 238 898 T. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Abnehmer wie folgt:

	Kohlen	Koks	Insgesamt
Saarindustrie	3 804 071	64 961	3 869 032
Saargebiet sonstig	837 286	47 629	884 915
Wahl-Verbindungen	1 167 440	31 845	1 199 285
Frankreich von 1914	3 305 186	14 232	3 319 418
Besetztes Deutschland	618 606	745	619 351
Unbesetztes Deutschland	666 878	53	666 931
Schweiz	412 396	11 571	423 967
Italien	526 575	49 368	575 943
Belgien und Luxemburg	299 073	85	299 158
Oesterreich	144 028	11 273	155 301
Verbindbare Länder	4 849	7 236	12 085
Zusammen	11 786 388	238 898	12 025 286

Stärke der Belegschaft.

Monat	unter Tag	über Tag	Reinbetriebe	Insgesamt	Angehörige u. Beamte	Gesamtpersonal
Januar	49 830	14 003	2746	66 579	3648	70 227
April	45 019	13 015	2659	60 693	3636	64 329
August	43 572	12 928	2749	59 249	3457	62 706
Dezember	44 016	13 113	2783	59 912	3420	63 332

Ende Februar wurden 3700 Bergarbeiter entlassen (sonstige Abgänge wurden nicht erfasst), so daß im August die geringste Belegschaftsziffer von 59 249 Arbeitern erreicht wurde. Die Belegschaftsziffer betrug insgesamt Ende Dezember 1927 70 994 Personen gegen 63 332 Ende 1928, das ist eine Verminderung von 7662 Personen. Davon entfallen auf die Untertagearbeiter 6440. Der Belegschaftsabbau betrug 1928 10,7 Proz. Im letzten Vierteljahr macht sich ein leichtes Ansteigen der Belegschaft bemerkbar. Von der Ende 1928 vorhandenen Belegschaft von 59 912 Mann entfallen 41 814 Untertagearbeiter und 15 426 Oberertagearbeiter auf die Staatsgruben, 2672 auf die Privatgrube Frankenholtz.

Durchschnittslöhne

nach Ermittlung des Oberbergamts Saarbrücken.

Vierteljahr	Gesamtlohn		Durchschnitt aller Arbeiter		über Tage	
	ohne Familienzulage	mit Familienzulage	unter Tage	mit Familienzulage	ohne Familienzulage	mit Familienzulage
1. Vierteljahr 1928	38,66	42,65	35,78	39,15	34,38	37,56
2. "	38,27	41,79	35,84	38,84	34,54	37,40
3. "	38,63	42,13	36,11	39,08	34,72	37,56
4. "	40,39	43,89	37,64	40,59	36,34	39,06

In Saarbrücken umgerechnet, betragen die Löhne im 1. und 4. Vierteljahr (1 M. = 6,10 Fr.):

1. Vierteljahr 1928	6,33	6,99	5,86	6,41	5,63	6,15
4. "	6,62	7,19	6,17	6,65	5,94	6,40

Im Laufe des Jahres 1928 ist eine allgemeine Lohnerhöhung auf den Lohn pro Schicht nicht eingetreten. Den Lohnforderungen der Gewerkschaften wurde durch die Zahlung von einmaligen Zulagen entsprochen. Die letztgezahlte Zulage im Dezember 1928 tritt in dem amtlich ermittelten Durchschnittslohn des letzten Vierteljahrs in Erscheinung, nach welcher die Löhne eine Erhöhung erweisen. Die Löhne wurden ab 1. Januar und durch Tarifabschlüssen am 1. Februar 1929 allgemein erhöht.

Protokoll auf Annahacht.

In einer unserer letzten Nummern wiesen wir darauf hin, daß die französische Grubenverwaltung in einem Monat mehr Leute entläßt als die frühere deutsche Verwaltung in zehn Jahren. Wegen dieser banalen Tatsache kommt sich das Solidaritätsgesetz der Bergarbeiter auf. Es ist ein Wagnis, das wir einen Protokoll auf Grube Seltene (Inspektion IX), heute einen auf Grube Annahacht (Inspektion VII). Auf letzterem Schachtanlage hat die Verwaltung einen Sachverständigen bestellt, dessen Funktion sich in Umgang mit der Belegschaft in den gemeinsamen Anstrengungen zeigt. Von den Arbeitern verlangt der Herr Sachverständige täglich Ueberstunden. Wer dem Verlangen nicht nachkommt, wird bestraft. Diese Bestimmungen, die allgemeine Behandlung und die Kündigung von zwei Arbeitern brachten das Maß an Annahacht zum Ueberlaufen. Die Belegschaft trat am 10. April in einen Protokoll.

Die Gewerkschaften verhandelten darauf mit der Verwaltung, welche die ungeraten der Arbeitsordnung widersprechenden Bestimmungen aufhob. Ueber die zur Entlassung führenden Gründe gingen die Berichte der Verwaltung und diejenigen der Organisationen auseinander. Die Gewerkschaften bezeichneten das Vergehen der Arbeiter als so belanglos, daß es durch die Behandlung des Sachverständigen mehr als aufgehoben wäre. In einer Kündigung

stehe also kein Anlaß vor. Da eine Rücknahme der Kündigung nicht erfolgte, ist die Belegschaft am 13. April wieder nicht angefahren. Eine am 13. April früh angelegte Verhandlung wurde ebenfalls abgelehnt.

Die zweite Arbeitsüberlegung konnte vermieden werden, wenn die Verwaltung dem Wunsch der Organisationen nachgegeben hätte, sofort neue Verhandlungen anzusetzen. Um die Arbeitsüberlegung zu verhindern und die Verhandlungen zu ermöglichen, ist die Belegschaft dann am 15. April wieder angefahren.

Es wird Zeit, daß die Generaldirektion dem Treiben einzelner Beamten endlich ein halt gebietet und die maßlosen Entlassungen aus wichtigen Gründen einstellt, wenn sie nicht will, daß die Saargrubenarbeiter sich dauernd gegen diese Behandlung durch Protest wehren müssen!

Grube Jägerstunde.

In den Abteilungen II und III fanden Neuwahlen der Sicherheitsmänner statt. Gewählt wurden in beiden Abteilungen die Kandidaten unseres Verbandes: Matthias Dietrich, Dübrower, Abteilung III, und Fritz Wildenberger, Jägerstunde, Abteilung II. Im Stimmzettel sind die Kandidaten des Verbandes in Abteilung II 72, in Abteilung III 104, die des christlichen Gewerksvereins 2 bzw. 42.

1400 Bergarbeitern die Kleider verbrannt.

Die Wabeanstalt des Annschachtes der Inspektion VIII brannte in der Nacht vom 10. April wieder. In den Räumen der Wabeanstalt befanden sich die Grubenkleider von etwa 1000 Bergarbeitern der Früh- und Mittagschicht und die Strassenkleider von etwa 400 Bergarbeitern der Nachtschicht. Die gesamte Garverbe fiel dem Feuer zum Opfer. Die Belegschaft konnte am 11. April nicht anfahren. Die Vertreter der beiden Bergarbeiterorganisationen verhandelten mit der Generaldirektion zwecks Entschädigung und Auszahlung eines sofortigen Bonuszwecks Beschaffung der Kleider. Die Generaldirektion erklärte sich bereit, die Bergarbeiter für den Verlust zu entschädigen. Ein Vorschlag auf die endgültige Regelung wurde sofort ausgezahlt. Den Bergarbeitern wurden auch die verbrannten Fahrkarten ersetzt. Die geleistete Schicht soll nachgeholt werden. Bergarbeiter, erkennt auch an diesem Vorgang den Wert der Organisation!

Tarifvertrag

für die Steintohlenbergwerke der Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre vom 1. Mai 1929.

(Schluß aus voriger Nummer.)

§ 6. Lohnabelle.

1. Die Schichtlöhne für die einzelnen Arbeiterklassen werden gemäß § 22 der Arbeitsordnung durch die Generaldirektion nach Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, oder vorzugsweise nach besonderen tariflichen Abmachungen (Lohn-tarifverträgen für die Steintohlenbergwerke der Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre) festgelegt.

2. Müssen Arbeiter wegen Betriebsstillung oder wegen Arbeitsmangel vorübergehend andere Arbeiten verrichten, die unter eine niedrigere Lohnklasse fallen, als diejenige Arbeiter, welche sie sonst verrichteten, so haben sie für die Dauer dieser vorübergehenden Beschäftigung einen Anspruch auf denjenigen Lohn, den sie für ihre gewöhnliche Arbeit erhalten würden, jedoch nicht über die Dauer von zwölf Arbeitstagen hinaus.

Diese Maßnahme findet jedoch keine Anwendung auf solche Arbeiter, die infolge Unfähigkeit von ihrer alten Beschäftigung in eine geringere bezahlte Arbeit verlegt werden.

Bei Bedingearbeitern unter Tage, welche vorübergehend anderweitig beschäftigt werden, gilt der vereinbarte (tarifliche) Dauerzuschußlohn als Lohn für die gewöhnliche Arbeit. Lehrlinge und Schleppe erhalten die entsprechenden Gehälter. Schichtlöhner erhalten in solchen Fällen den Lohn ihrer bisherigen Lohnklasse, einschließlich Zulagen.

(Anmerkung: Auf Arbeiter, welche an eine andere Arbeitsstelle verlegt werden, selbst wenn diese Verlegung als dauernde Verlegung zu betrachten ist, findet diese Bestimmung sinnesentsprechende Anwendung, das heißt, es wird, wenn die Verlegung nicht zwei Wochen (gleich zwölf Arbeitstage) vorher angekündigt ist, der frühere höhere Lohn (bis zu zwölf Arbeitstagen) weitergezahlt. Ist die Verlegung beispielsweise nur eine Woche vorher angekündigt, so muß dem Arbeiter noch für eine Woche, gleich sechs Arbeitstage, der bisherige höhere Lohn gezahlt werden.)

3. Arbeiter, welche dagegen vorübergehend eine andere Arbeit verrichten müssen, für welche ein höherer Schichtlohn festgesetzt ist, erhalten für die vorübergehende Arbeitsleistung den hierfür festgesetzten höheren Schichtlohn.

4. Sämtliche Arbeiter (einschließlich der jugendlichen Arbeiter), die nach Altersstufen entlohnt werden, rücken, sofern sie in der Zeit vom 1. bis 15. eines Monats geboren sind, vom ersten Tage des Geburtsmonats ab und, sofern sie in der Zeit vom 16. bis zum letzten eines Monats geboren sind, vom 1. des auf den Geburtsmonat folgenden Monats ab in die höhere Stufe auf. Dementsprechend rechnet das nach einer bestimmten Dienstzeit erfolgende Aufsteigen der Lehrlinge und Schleppe unter Tage, sofern die vorgeschriebene Dienstzeit in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Monats beendet ist, vom ersten Tage des betreffenden Monats ab und, sofern sie in der Zeit vom 16. bis zum letzten eines Monats beendet ist, vom 1. des auf die Beendigung der vorgeschriebenen Dienstzeit folgenden Monats ab.

5. Erfolgt die Annahme eines Arbeiters unter Tage in einem höheren Lebensalter als 16 Jahren, so wird die Lehrzeit entsprechend den Bestimmungen in den §§ 9 und 10 der Arbeitsordnung bis zur Hälfte gekürzt. (Vgl. auch § 184 der Bergpolizeiverordnung vom 1. Mai 1907.)

6. Bei einer Verlegung von über Tage an bergmännische Arbeiten unter Tage wird die über Tage verbrachte Arbeitszeit zur Hälfte auf die Lehrzeit unter Tage angerechnet. Der nach unter Tage verlegte Bergmann soll jedoch mindestens denselben Lohn erhalten, den er zuletzt über Tage verdient hat.

Wird dagegen der Arbeiter von handwerksmäßigen Arbeiten über Tage zu den feinen Fache gehörigen handwerksmäßigen Arbeiten unter Tage verlegt, so erfolgt die Entlohnung nach dem Lebensalter wie über Tage.

7. Für Arbeiter, deren Arbeitskraft durch Alter und Invalidität oder besondere Verhältnisse beeinträchtigt ist, haben die nach Punkt 1 festgesetzten Sätze keine Gültigkeit. Die Entlohnung erfolgt nach Anhörung des Sicherheitsmannes oder Arbeiterausschusses gemäß § 23 der Arbeitsordnung nach der Leistungsfähigkeit.

§ 7. Gezüge, Reparaturen, Sprengstoffe usw.

1. Die Arbeiter erhalten freies Geschichtsmaterial. Für die Reparaturen der Lampen haben die Arbeiter nur dann aufzukommen, wenn sie ein jahreslanges oder vorzeitliches Verschulden trifft.

2. Bestimmte Gezüge eines von der Administration ausgewählten Modells werden unentgeltlich geliefert. Die Instandsetzung des durch natürlichen Verschleiß reparaturbedürftigen Gezuges sowie die Erschließung für das durch die ordnungsmäßige Verwendung unbrauchbar gewordenen Gezüge erfolgt unentgeltlich.

3. Die Sprengstoffe werden zu den durchschnittlichen Selbstkosten geliefert. Die Preise für die Abgabe an die Arbeiter werden diesen durch Anschlag zur Kenntnis gebracht.

4. In den Abteilungen unter und über Tage, in denen die Arbeiter der Klasse ausgezählt sind, erhalten dieselben für die Aus-

führung ihrer Arbeit wasserdichte Kleider. Insbesondere sind den Tagearbeitern bei Regenwetter, sofern die Arbeiter im Freien arbeiten, wasserdichte Umhänge zur Verfügung zu stellen.

§ 8. Befreiung von Hausbrandlohlen zu ermäßigten Preisen.

1. Die verheirateten Arbeiter erhalten ausschließlich für den eigenen Bedarf nach Zurücklegung einer dreimonatigen Dienstzeit auf einen der im § 2 genannten Werte jährlich 3 Tonnen Förderlohlen zu einem Preise, der für die Tonne gleich dem tariflichen Dauerlohn ist. Nach Zurücklegung einer ununterbrochenen Dienstzeit von drei Jahren erhöht sich diese Menge auf jährlich 6 T. Bei einer Unterbrechung der Arbeitszeit (vgl. § 5 Abs. 1) leben die bisherigen Rechte nach erneuter Zurücklegung einer ununterbrochenen Dienstzeit von drei Monaten wieder auf, und zwar unter Berücksichtigung der dann im ganzen auf den unter § 2 genannten Deputatlohlenmenge zu berücksichtigenden Dienstzeit. Die nicht abgeleiteten Deputatlohlenmengen werden gegen Rückgabe der Kohlenkarten mit den entsprechenden Abschritten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Kohlenartenabschnitte oder am Ende des Kohlenbezugsjahres zurückvergütet.

Verwitwete Bergarbeiter mit selbständigem Haushalt und unversorgten Kindern sind den verheirateten Arbeitern gleichzustellen.

Unverheiratete Arbeiter oder Witwer ohne Kinder erhalten nach einer Dienstzeit von mindestens drei Jahren auf den unter § 2 genannten Wert jährlich 2 T. Förderlohlen. Für diejenigen jedoch, die als Haushaltsvorstand anerkannt werden, kann diese Menge entsprechend der Dienstzeit und der Zahl der Haushaltsglieder nach Maßgabe der besonderen Bestimmungen erhöht werden.

Berginvaliden 1. Mitteln von Bergleuten erhalten, sofern sie einen eigenen Haushalt führen, jährlich 2 T. Förderlohlen zum ermäßigten Preise von einem halben Dauertariflohn pro Tonne. Die Höchstmenge der an die Mitglieder ein und desselben Haushalts zu bewilligenden Kohlenmenge darf 6 T. nicht überschreiten. Stehen einem Haushalte nach den oben angegebenen Bestimmungen mehr Kohlen zu, so kann demnach die Menge gekürzt werden.

2. Die Arbeiter der Saargruben dürfen die ihnen zustehenden Deputatlohlen nicht zu Handelszwecken, und zwar weder selbst, noch durch dritte Personen abgeben. Insbesondere dürfen Kohlen und Kohlenkarten nicht an Händler verkauft werden. In Streitfällen kann der Hauptarbeitsauschuss unmittelbar angerufen werden.

3. Die Deputatlohlen müssen in den dafür vorgesehenen Zeitabschnitten abgehoben werden.

Bergarbeiter, welche gekündigt haben, oder denen die Grubenarbeit seitens der Verwaltung gekündigt worden ist, haben nur noch den Anspruch auf diejenigen Mengen, die ihnen bis zum Ende des Monats, in welchem die 14tägige Kündigungsfrist abläuft, zustehen.

4. Verlorengegangene Kohlenkarten werden nach Untersuchung gegen Zahlung von 5 Fr. ersetzt. Der Betrag fließt in die Arbeiterunterstützungsliste.

§ 9. Allgemeine Bestimmungen.

Die bergpolizeilichen oder sonstigen gesetzlichen Bestimmungen sind von beiden Vertragsparteien genau zu beachten.

§ 10.

Die Vereinbarung über die Schaffung von Tarifausschüssen vom 2. Oktober 1922 bildet einen Bestandteil dieses Vertrages.

§ 11. Regelung von Streitigkeiten aus dem Vertrag.

Meinungsverschiedenheiten über die richtige Anwendung dieses Tarifvertrages sollen zunächst zwischen dem Ingenieur und dem Arbeiter bzw. der betreffenden Kameradschaft geregelt werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so soll die Angelegenheit durch den Ingenieur-Divisionar und dem Arbeiterausschussmitglied als Vertreter des betreffenden Arbeiters geprüft werden. Kommt hierbei keine Einigung zustande, so kann die Anrufung der durch die Vereinbarung vom 2. Oktober 1922 geschaffenen Tarifausschüsse erfolgen. Wird auch auf diesem Wege keine Einigung erzielt, dann darf erst der ordentliche Rechtsweg beschritten werden.

§ 12. Vertragsdauer.

Dieses Abkommen nebst den dazu gemachten Anmerkungen tritt am 1. Mai 1929 in Kraft. Es kann jederzeit mit einer sechsmonatigen Frist gekündigt werden.

Die Kündigung durch eine der Vertragsparteien ist nur gültig, wenn sie, sofern sie durch die Administration erfolgt, sämtlichen örtlichen Bezirksleitungen der unterzeichneten Arbeiterverbände zugestellt ist oder, sofern sie durch die Verbände erfolgt, von den örtlichen Bezirksleitungen sämtlicher unterzeichneten Verbände unterzeichnet ist.

Saarbrücken, den 6. April 1929.

(Unterschriften.)

Tariffbewegung im Schieferbergbau

Verhandlungen für den Schieferbergbau bei Caub a. Rh. über Arbeitszeit und Lohnsatz gescheitert.

Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für den Kreis St. Goarshausen fanden am 9. März und 13. April Verhandlungen über Lohn- und Manteltarifvertrag für den Cauber Schieferbergbau statt. In der Verhandlung am 9. März wurde seitens der Arbeitgeber den Bergarbeiterverbänden der Vorschlag unterbreitet, die bisherigen Verträge um zwei Jahre — bis zum 30. Juni 1931 — zu verlängern. Diefem Ansuchen konnten die Vertreter der Bergarbeiterverbände nicht stattgeben und deshalb wurde die Verhandlung auf den 13. April vertagt. In dieser Verhandlung wurden den Arbeitgebern folgende Abänderungsanträge zum Lohn- und Manteltarifvertrag unterbreitet:

1. Achtstündige Arbeitszeit bzw. Schichtzeit (bisher zehnstündige Schicht- bzw. neunstündige Arbeitszeit).
2. Bei Bedingearbeitern einen Mindestlohn in Höhe des tariflichen Schichtlohnes (bisher besteht kein Mindestlohn).
3. Die gegenwärtigen Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses infolge der Betriebsstilllegungen gelten nicht als Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifvertrages.

Bei Annahme dieser Anträge waren die Gewerkschaften bereit, den Tarifvertrag auf ein Jahr — bis zum 30. Juni 1930 — abzuschließen. Die Unternehmer erklärten darauf, daß sie auf diese Forderungen nicht eingehen können, und verlangten einen Lohnabbau von 50 Pf. pro Schicht. Des weiteren gaben sie noch die Erklärung ab, daß, falls ihr Vorschlag nicht angenommen wird, sie einen tariflosen Zustand herbeiführen wollten, um die Schieferarbeiter zu zwingen, unter bittierten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen (die Betriebe liegen zurzeit still).

Die um etwa 100 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit höheren Schieferpreise in Verbindung mit einer vorfristlichen Handelspolitik haben den Schieferbergbau trotz des Schieferyndikats, das sich allerdings sehr stark im Handel mit ausländischem Schiefer betätigt, auf den Grund gebracht. Dafür sollen die Schieferarbeiter nun büßen. Dabei spekulieren die Unternehmer, wie immer, auf die Hilfe der Unorganisierten, was aus ihrer Erklärung deutlich hervorgeht. In aller Deutlichkeit muß hier den Unternehmern gesagt werden, daß ihre Spekulation, die bisherige zehnstündige Schichtzeit für alle Ewigkeit zu verantern, bestimmt fehlschlägt.

Aus dem Verhalten der Unternehmer müßte aber auch der letzte Schieferbergmann begreifen, wohin die Reise gehen soll, und dort sich einfinden, wo er hingehört: in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Unsere Toten.

Bahnhofe Raundorf. Am 3. April nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied Herrmann, Schöne. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Bahnhofe Voltray II. Wieder ist der Tod einen alten Kämpfer aus unserer Mitte. Am 22. März nach plötzlich und unerwartet unser Kamerad Karl Tröster im Alter von 61 Jahren. Wir werden seiner immer in Ehren gedenken!

Verbandsnachrichten.

Wegen Verstößes gegen den Gleisener Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verband ausgeschlossen:

- Richard Franke (H.Nr. 1024 148), Bahnhofslehre S o h n d o r f
- Walter (H.Nr. 1863 126), Otto Wehner (H.Nr. 1023 452), Emil Wendler (H.Nr. 1563 306), Alb. Hartung (H.Nr. 1024 841), Max Böhl (H.Nr. 1024 901), Otto Trummer (H.Nr. 1023 901), Bruno Georgie (H.Nr. 1024 921), Max Wilsch (H.Nr. 1023 901), Willi Leitner (H.Nr. 1023 972), Kurt Borges (H.Nr. 603 042), Paul Meyer (H.Nr. 1024 032), Ernst Martin (H.Nr. 1023 972), Bahnhofslehre D e l s o n i s, Arthur Müller (H.Nr. 1023 917), Bahnhofslehre P h o c e n, Max Bauer (H.Nr. 1024 115), Bahnhofslehre P h o c e n, Albert Wieg (H.Nr. 1024 415), Edwin Rößler (H.Nr. 1024 847), Max Domfer (H.Nr. 1024 207), Bahnhofslehre M e u m e i e, Willi Herban (H.Nr. 1023 867), Emil Schärer (H.Nr. 1024 682), Bahnhofslehre M i e d e r m ü r s c h u n g, Bernhard Gumbold (H.Nr. 1023 878), Franz Kubel (H.Nr. 101 050), Ignaz Bimolny (H.Nr. 1317 977), Franz Schimtz (H.Nr. 1412 450), Paul Schiedowski (H.Nr. 1412 819), Anton Wuppa (H.Nr. 1539 407), Emil Giesing (H.Nr. 1412 415), Franz Waczecha (H.Nr. 1539 493), Ignaz Gumbold (H.Nr. 1023 846), Paul Schütz (H.Nr. 1412 381), Karl Schwalla (H.Nr. 1413 637), Viktor Simlowitz (H.Nr. 1412 339), Georg Witzel (H.Nr. 1412 635), Alois Egan (H.Nr. 1561 710), Paul Glowa (H.Nr. 1412 336), Konrad Kubel (H.Nr. 1412 500), Johann Witzel (H.Nr. 1524 081), Richard Schöber (H.Nr. 1539 401), Jakob Bruschido (H.Nr. 1539 219), Ludwig Wühlwies (H.Nr. 1572 755), Alfred Bungal (H.Nr. 1539 777), Josef Kubissa (H.Nr. 1539 172), Franz Kupka (H.Nr. 1412 510), Franz Wogoballa (H.Nr. 1539 446), Karl Joachimski (H.Nr. 1561 453), Bahnhofslehre J a b o r z e, Karl Lubczyk (H.Nr. 1624 193), Josef Spuhla (H.Nr. 1414 060), Johann Waczecha (H.Nr. 1412 978), Johann Kubel (H.Nr. 1539 512), Karl Gumbold (H.Nr. 1414 547), Josef Witzel (H.Nr. 1412 275), Emil Gorta (H.Nr. 270 192), Georg Bach (H.Nr. 1412 880), Johann Kovara (H.Nr. 1414 066), Joh. Golebski (H.Nr. 294 151), Stefan Schmalz (H.Nr. 1412 427), Josef Waczecha (H.Nr. 1004 257), Alois Kowatsch (H.Nr. 1414 053), Paul Hartmann (H.Nr. 1537 056), Willibald Witzel (H.Nr. 1573 502), Bahnhofslehre Lindenburg, Karl Stähle (H.Nr. 1814 631), Richard Blaschke (H.Nr. 1413 152), Karl Fritsch (H.Nr. 343 302), Wilhelm Scaynol (H.Nr. 1314 758), Josef Auer (H.Nr. 217 52), Adolf Wohlfert (H.Nr. 1413 308), Felix Krenn (H.Nr. 1314 676), Franz Wataj (H.Nr. 1314 819), Richard Quiderl (H.Nr. 1413 506), Paul Wloclka (H.Nr. 1413 008), Max Schwanitz (H.Nr. 1413 113), Josef Dalubel (H.Nr. 1314 589), Adolf Wladimir (H.Nr. 1539 119), Karl Waczecha (H.Nr. 1413 120), Vincent Polara (H.Nr. 1413 464), Josef Witzel (H.Nr. 1539 608), Paul Kolobjczak (H.Nr. 1314 858), Hugo Robert Turel (H.Nr. 966 028), Konrad Welpenbel (H.Nr. 1413 705), Josef Domin (H.Nr. 1413 332), Bahnhofslehre Heutchen, August Witzel (H.Nr. 1316 084), Wilhelm Scheger (H.Nr. 100 690), Karl John (H.Nr. 1573 823), Bahnhofslehre B o b r e l, Rodus Storz (H.Nr. 1219 750), Franz Witzel (H.Nr. 257 436), Franz Witzel (H.Nr. 1571 457), Paul Fritsch (H.Nr. 1571 371), Bahnhofslehre K a r l, Theodor Witzel (H.Nr. 1314 905), Joh. Tzenjot (H.Nr. 1571 240), Eduard Knopp (H.Nr. 1413 472), Paul K a z m a r s c h (H.Nr. 1314 844), Paul Fritsch (H.Nr. 1571 336), Joh. Witzel (H.Nr. 1571 560), Bahnhofslehre M e l c h o w i t z, Joh. Witzel (H.Nr. 1537 251), Wilhelm Witzel (H.Nr. 106 918), Emanuel Kottula (H.Nr. 1412 125), Richard Witzel (H.Nr. 1573 900), Wilhelm Witzel (H.Nr. 1539 908), Johann Witzel (H.Nr. 1562 800), Alois Soballa (H.Nr. 1562 622), Bahnhofslehre P o l i t n i s, Roman Witzel (H.Nr. 1412 067), Stefan Schmidt (H.Nr. 99 066), August Kozel (H.Nr. 1558 370), Franz Witzel (H.Nr. 1337 449), Bahnhofslehre M i l u t i c h i t s, Nikolaus Witzel (H.Nr. 1562 871), Roman Witzel (H.Nr. 1412 866), Johann Witzel (H.Nr. 997 082), Bahnhofslehre B i s t u p l i s, Roman Witzel (H.Nr. 1412 631), Bahnhofslehre R a b o r z e, Doris, Erich Witzel (H.Nr. 1550 306), Bahnhofslehre S c h o m b e r g.

Anna. Jeden 3. Sonntag nimmt der Kassierer die Krankenscheine oder deren Abrisse entgegen und zahlt am 4. Sonntag des Monats die Krankenunterstützung aus.

Bücherrevision.
Eitel, vom 23. bis 30. April. Bücher bereit halten!

Knappschafftsältesten-Kommission Herne.
Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, in Essen im Lokal Schröder: Kommissionssitzung.

Schluß des redaktionellen Teils.
10 000 Musikinstrumente verschenkt die Firma Ernst & Sohn, in Klingenthal Ca. 479 an ihre Kunden. Sie kaufen bei dieser Firma, die das älteste und erste Musikinstrumenten-Verbandgeschäft ist, direkt ab Fabrikort. Rund 10 000 Arbeiter sind dort beschäftigt. Verlangen Sie sofort großen Katalog gratis. Beachten Sie auch die Anzeige in dieser Zeitung. Sie werden über die niedrigen Preise erstaunt sein.

Im Namen des Volkes!

Privatklage des Bauhilfsarbeiters Karl Seibisch in Fran, Baustr. 5, Privatklagers, gegen den Redakteur Heinrich Hamm in Essen, Blaschkestr. 11, geb. am 21. Juni 1892 in Ruffelsheim, Angeklagter, wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse.

Das Amtsgericht in Essen hat in der Sitzung vom 16. März 1929, an der teilgenommen haben: Amtsgerichtsrat Dr. Seife als Vorsitzender, Justizauwarter Sübner als Urundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Essen, für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse zu einer Geldstrafe von 30 RM., an deren Stelle im Unvermögen Falle drei Tage Gefängnis treten kostenpflichtig verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den ermittelten Teil des Urteils binnen sechs Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn je einmal im „Ruh-Scho“ in Essen, in der „Essener Volkswacht“ und in der „Bergbau-Industrie“ in Bochum auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Gründe: In der Nr. 83 der Tageszeitung „Ruh-Scho“ vom 20. April 1928 in Essen erschien im lokalen Teil ein Artikel: „Aus der SPD. ausgeschlossen.“ In diesem Artikel wurde ausgeführt, daß der Privatkläger Seibisch aus der SPD. ausgeschlossen worden sei, da er disziplinär gemindert sei, den Sozialdemokraten in die Hände gespielt habe. Es wurde ihm mit anderen Worten Verrat an seiner Partei nachgesagt. Für diese Behauptung ist ein Wahrheitsbeweis nicht erbracht, ja nicht einmal angetreten worden. Die presserechtliche Verantwortung für diesen Artikel gibt der Angeklagte zu und läßt sich dahin ein, den Wahrheitsbeweis wolle er deswegen nicht führen, um die Zeugen nicht in Mißbilligung zu bringen. Daß der Artikel seinem Inhalt nach geeignet ist, der Angeklagten verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabwürdigend, bedarf keiner Frage. Der Angeklagte ist somit, da Strafandrohung in gehöriger Frist und Form gestellt ist, nach §§ 186, 200 StGB, § 20 des Reichsdruckgesetzes strafbar. Wenn auch der in Frage stehende Vorwurf für einen politisch organisierten Mann ein schwerer ist, so war andererseits nicht zu verkennen, daß er in der Hitze des Wahlkampfes erfolgte. Eine Geldstrafe von 30 RM. erschien als angemessen und ausreichende Sühne. Da die Beleidigung öffentlich durch die Presse erfolgte, war dem Privatkläger die Publikationsbefugnis zuzusprechen.

Im übrigen ist gemäß §§ 464 ff. StGB, § 29 StGB, entschieden.

Ausgefertigt: gez.: (Unterschrift), Angestellter als Urundsbeamter der Geschäftsstelle.
Essen, den 16. April 1929. gez. (Unterschrift).
Beglaubigt!
Dr. Friedrich v. Dr. Ludwig Stern, Rechtsanwälte u. Notare.

PREMIENKENNER FINDEN DEN GEG-KAUTABAK

im Geschmack würziger als jede andere Marke

Jeder Genossenschaftler nimmt daher nur den billigen GEG-KAUTABAK AUS DEM KONSUMVEREIN

Musikwaren aller Art, billig und gut! Zubehörs-Nachbestellung sind d. beste Beweis!

Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687
Gr. Katalog m. 600 Abb. Viele Taus. Dankschreiben. Adressen in M. 10. an portofrei Schilling v. M. 1.60 an.

Heeresgut und Behälterwaren

gut erhalten, schnell zusammen!

Dreieck, ab. 1/2, 2.50, 1.90, 1.30
Rechteck, ab. 1/2, 2.40, 1.70
Räder-Unterstütz., 1.50, 1.50, 1.20
Sofen, ledgr., 6.25, 4.80, 3.90
Wettstühle, Zug., 6.50, 4.80
Sofen, lg., Zug, (Kopf), 6.80, 4.90
Waffentische, 9.80, 7.50, 5.25
Mil.-Mantel, 19.50, 16.80, 12.50, 8.20
Beamen-Regenmantel, 14.00, 10.50
Radfahr-Behälter, 7.30, 5.30, 4.70
Bettbezüge, blau-melch, 3.80

Militer-Verkaufsstellen-Bezeichnung:
Juden, Japan, 53.00, 44.00, 38.00
Witzel, Japan, 32.00, 24.00, 38.00
Witzel, braun, engl., 18.50, 14.50, 11.50
Schuhstühle, engl., Reulebich, 41 5.40
Gebetstisch, Schilling, engl., 11.00
mit neuen Gebirgsnägel, d. 41 7.80
Hilfsgehäuse, b. Anle, 14.80, 12.90
engl., Neulichte, 1.40, 0.90, 0.45
Hilfs-Gehäuse, b. Anle, 1.90, 1.10
Beden, wölfl. ca. 2 kg. 3.80, 2.90, 2.30

Witzel
Sollspannen, Hindobleder, 1.15
Bolschonen, 1.10, 0.75, 0.47
Unterjoden, Wollan, 3.40
Reitstuhl, ab. 1/2, 2.40, 1.70
Sofen, ledgr., lang und brech., 10.50
Schuhstühle, Mil.-St., 9.40, 8.20
Sofen, wölfl., ca. 230x160, 4.80, 4.30
Strohstühle, Seidenstuhl, 5.20, 4.20
Bettbezüge, Mil.-St., 7.80
Riffenbezüge, bis. Latex, 2.15
Sofen, bis. hölz., 3.85

Robert „Preisliste 107“ Herausgeber:
Juden, Schilling, Pferdgeschirre,
Taschende, Witzel, Besen u. Sägen,
kein Risiko. Umsonst geliefert. Täglich
Bauschreiben, über 20 000 Sendungen
1928 (27 erst 10 000). — 15
15 Markt portofrei.

Konkurrenzlos mit Garantie für 1 Jahr

Auto Taschenuhr nur RM. 2.90

Nr. 3 Deutsche Herr. - Ank. - Uhr, 30 Stk.,
gen. regul. Werk. u. vern. nur M. 2.90
4m Gold, Scharn, Ovalbüg. M. 2.90
5m. best. Werk. kl. nach Form M. 4.90
6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel
vergoldet, hochfeine Uhr, M. 8.50
7 Damenuhr, versilb., 2 Gold M. 8.50
8 Armbanduhr in Lederleit. M. 6.50
Nickelkette M. 0.30, Doppelkette, echt
Kapsel M. 0.25, Vers. geg. Nachn. Katalog
Überschuß Fritz Hainke, Braunschweig 75, Gaisosstr. 3
Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Deltitzsch 78

Prov. Sachsen, Angersstr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste, streng
reelle Qualitäten

Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen.

Ferner prima Bettinlett.

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Verkaufsstichtigen VERTRETER

bietet Spezialfabrik hohen Verdienst

durch Vertrieb eines über all leicht verkäuflichen Artikels bei 50% Provision.
Keine Branchenkenntnisse erforderlich, auch als Nebenbeschäftigung geeignet
Auskunft erteilt

Kurt Klöckner, Westerburg (Westerwald)

200 Harzfäße 3.95 Mt.

9 1/2 Zoll mit Angelle 4.45 Mt. 9 1/2 Zoll
10 Zoll, 5.00 Mt. 10 Zoll, 5.50 Mt. 10 Zoll
11 Zoll, 6.00 Mt. 11 Zoll, 6.50 Mt. 11 Zoll
12 Zoll, 7.00 Mt. 12 Zoll, 7.50 Mt. 12 Zoll
13 Zoll, 8.00 Mt. 13 Zoll, 8.50 Mt. 13 Zoll
14 Zoll, 9.00 Mt. 14 Zoll, 9.50 Mt. 14 Zoll
15 Zoll, 10.00 Mt. 15 Zoll, 10.50 Mt. 15 Zoll
16 Zoll, 11.00 Mt. 16 Zoll, 11.50 Mt. 16 Zoll
17 Zoll, 12.00 Mt. 17 Zoll, 12.50 Mt. 17 Zoll
18 Zoll, 13.00 Mt. 18 Zoll, 13.50 Mt. 18 Zoll
19 Zoll, 14.00 Mt. 19 Zoll, 14.50 Mt. 19 Zoll
20 Zoll, 15.00 Mt. 20 Zoll, 15.50 Mt. 20 Zoll

ca. 120 Salzstetteringe 4.00 Mt.
ohne Kopf und Eingeweide 4.00 Mt. ob hier
E. Napp, Altona 52 bei Hamburg.

+ Alle + Gummwaren

und hydraulischen Artikel für allen hygienisch Bedarf. Eheleute u. ledige, die es werden wollen, hier in Ihren eigenen Interests die Hygienische Die Prophylaxe im Gefäßbereich von Dr. med. Dr. Eichenfeld, Dr. A. Willing & Theues, Kauf, Gellertstr. 41, Bismarckstr. 41.

100% und mehr kann jeder im Nebenverdienst verdienen. Kapital und Kräfte nicht erforderlich, da nur mit Eigenarbeit erfolgt. Kurze u. einfache Anweisung u. Musterbogen, Preis- u. Best.-Zettel, gratis. Dr. A. Willing & Theues, Kauf, Gellertstr. 41, Bismarckstr. 41.

Bettmatten

Befreiung sofort. Ausk. umsonst. Alter u. Geschl. angeb. ur. med. Heersmann & Co., Walburg 53 (Bayern).

Seit 75 Jahren

beliebter ich Beru- u. Verordnungsstellen mit erkl. Instrumenten u. Säulen. Werden auch Sie mein Kunde. Katalog frei. Teilzahlungen. G. A. Wunderlich, Steinhilberstr. 11, Leipzig 100.

Grüß Gott Bett 28 Mt.

1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen - Ischlafg. 33. - 7. - usw. - 130cm lang. Garantie Umtausch oder Rücknahme. Verordnungsstellen. Probe u. Preisliste kostenlos. Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig, Berlin I, Prinzenstr. 46. Gedr. Bettfed. u. Bettk. Spezialgeschäft. Blüchli.

Reispressfutter füttert wie Milch

vorzügliches billiges Voll- u. Mischfutter für Kühe, Schweine und Hühner. Geflügel. In 500, 1000, 2000, 4000, 8000, 16000, 32000, 64000, 128000, 256000, 512000, 1024000, 2048000, 4096000, 8192000, 16384000, 32768000, 65536000, 131072000, 262144000, 524288000, 1048576000, 2097152000, 4194304000, 8388608000, 16777216000, 33554432000, 67108864000, 134217728000, 268435456000, 536870912000, 1073741824000, 2147483648000, 4294967296000, 8589934592000, 17179869184000, 34359738368000, 68719476736000, 137438953472000, 274877906944000, 549755813888000, 1099511627776000, 2199023255552000, 4398046511104000, 8796093022208000, 17592186044416000, 35184372088832000, 70368744177664000, 140737488355328000, 281474976710656000, 562949953421312000, 1125899906842624000, 2251799813685248000, 4503599627370496000, 9007199254740992000, 18014398509481984000, 36028797018963968000, 72057594037927936000, 144115188075855872000, 288230376151711744000, 576460752303423488000, 1152921504606846976000, 2305843009213693952000, 4611686018427387904000, 9223372036854775808000, 18446744073709551616000, 36893488147419103232000, 73786976294838206464000, 147573952589676412928000, 295147905179352825856000, 590295810358705651712000, 1180591620717411303424000, 2361183241434822606848000, 4722366482869645213696000, 9444732965739290427392000, 18889465931478580854784000, 37778931862957161709568000, 75557863725914323419136000, 151115727451828646838272000, 302231454903657293676544000, 604462909807314587353088000, 1208925819614629174706176000, 2417851639229258349412352000, 4835703278458516698824704000, 9671406556917033397649408000, 19342813113834066795298816000, 38685626227668133590597632000, 77371252455336267181195264000, 154742504910672534362390528000, 309485009821345068724781056000, 618970019642690137449562112000, 1237940039285380274899124224000, 2475880078570760549798248448000, 4951760157141521099596496896000, 9903520314283042199192993792000, 19807040628566084398385987584000, 39614081257132168796771975168000, 79228162514264337593543950336000, 158456325028528675187087900672000, 316912650057057350374175801344000, 633825300114114700748351602688000, 1267650600228229401496703205376000, 2535301200456458802993406410752000, 5070602400912917605986812821504000, 10141204801825835211973625643008000, 20282409603651670423947251286016000, 40564819207303340847894502572032000, 81129638414606681695789005144064000, 162259276829213363391578010288128000, 324518553658426726783156020576256000, 649037107316853453566312041152512000, 1298074214633707107132624082305024000, 2596148429267414214265248164610048000, 5192296858534828428530496329220096000, 10384593717069656857060992658440192000, 20769187434139313714121985316880384000, 41538374868278627428243970633760768000, 83076749736557254856487941267521536000, 16615349947311450971297588253504288000, 33230699894622901942595176507008576000, 66461399789245803885190353014017152000, 132922799578491607770380706028034304000, 265845599156983215540761412056068608000, 531691198313966431081522824112137216000, 1063382396627932862163045648224274432000, 2126764793255865724326091296448548864000, 425352958651173144865218259289709728000, 850705917302346289730436518579419456000, 1701411834604692579460873037158838912000, 3402823669209385158921746074317677824000, 6805647338418770317843492148635355648000, 13611294676837540635686984297270711296000, 27222589353675081271373968594541422592000, 54445178707350162542747937189082845184000, 108890357414700325085495874378165690368000, 217780714829400650170991748756331380736000, 43556142965880130034198349751266276145728000, 8711228593176026006839669950253255229152000, 174224571863520520136793399005065085824000, 348449143727041040273586798010130171664000, 696898287454082080547173596020260343328000, 1393796574908164161094347192040520686656000, 2787593149816328322188694384081041373312000, 5575186299632656644377388768162082746624000, 1115037259926531328875477753632416549248000, 2230074519853062657750955507264833098496000, 4460149039706125315501911014529666196992000, 8920298079412250631003822029059332339968000, 17840596158824501262007644058118664679936000, 35681192317649002524015288116237329359872000, 71362384635298005048030576232474658719744000, 142724769270596010096061152464949317439488000, 285449538541192020192122304929898634878976000, 57089907708238404038424460985979726975776000, 1141798154164768080768489219719594539515552000, 2283596308329536161536978439439189079031104000, 4567192616659072323073956878878378158062208000, 9134385233318144646147913757756756316124416000, 18268770466636289292295827515513512632248832000, 365375409332725785845916550310270252644976000, 730750818665451571691833100620540505289952000, 1461501637330903143383666201241081010579904000, 2923003274661806286767332402482162021159808000, 5846006549323612573534664804964324042319616000, 11692013098647225147069329609928648084639232000, 23384026197294450294138659219857296169278464000, 467680523945889005882773184397145923385568128000, 935361047891778011765546368794291867711136256000, 1870722095783556023531092737588583735422272512000, 3741444191567112047062185475177167470844544000, 7482888383134224094124370950354334941689088000, 14965776766268448182248741900708669883378176000, 2993155353253689636449748380141733976675632000, 5986310706507379272899496760283467953351264000, 11972621413014758545798993520566939106702528000, 23945242826029517091597987041133878213405056000, 47890485652059034183195974082267754226810112000, 95780971304118068366391948164535508453620224000, 191561942608236136732783896329071017107240448000, 383123885216472273465567792658142034214480896000, 766247770432944546931135585316284068429771776000, 153249554086588909